

# Kapitel

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 28.09.2022)

**Titel:** Was der Mensch braucht

## Text

### 140 Was der Mensch braucht

141 Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Um  
142 sich in Freiheit bestmöglich entfalten zu können, braucht es ein gewisses Maß an  
143 Sicherheit. Gerade in Zeiten, in denen die vielen Krisen nebeneinander  
144 existieren, die unsere heutige Freiheit sowie die der nächsten Generationen  
145 bedrohen, sehnen sich viele nach einem klaren politischen Rahmen für eine  
146 sichere Zukunft - genau das wollen wir bieten. Denn Veränderung ist wichtig,  
147 damit unsere Freiheit von heute auch die von morgen ist. Viele Menschen wollen  
148 diese Veränderung, sehnen sich aber nach Stabilität. Das ist für uns kein  
149 Widerspruch. Deshalb wollen wir Stabilität und Sicherheit geben, die jedem  
150 einzelnen ermöglichen, die Veränderungsbereitschaft aufzubringen, die er\*sie für  
151 die Bewältigung dieser Herausforderungen braucht.

152 Mit einer effektiven Klimaschutz und -anpassungspolitik wollen wir die Menschen  
153 im Land Bremen vor den bedrohlichen Auswirkungen der Klimakrise schützen. Wir  
154 bauen Deiche, um uns vor Sturmfluten zu schützen, pflanzen Bäume, damit sie bei  
155 extremer Hitze kühlen, und bauen Verkehrswege, die es leicht machen,  
156 klimafreundlich unterwegs zu sein. Der öffentliche Raum muss für alle sicher  
157 sein. Jede\*r Einzelne soll sich darauf verlassen können, dass Polizei, Feuerwehr  
158 und Rettungsdienst mit genug Einsatzkräften in der Nähe und einsatzbereit sind  
159 und das für alle Mitglieder unserer Gesellschaft. Für Menschen, die als  
160 Geflüchtete zu uns kommen, muss Bremen ein sicherer Hafen sein und als  
161 solidarische Stadt ein sicheres Ankommen ermöglichen. Jede (post-)migrantische  
162 Person, ob geflüchtet oder nicht, soll sich hier geschützt fühlen, Menschen mit  
163 Behinderung sich barrierefrei bewegen und queere Menschen offen leben können.

164 Der Katastrophenschutz muss zudem einwandfrei funktionieren, wenn wir ihn  
165 brauchen.

166 Kinder verdienen unseren besonderen Schutz und sollen im Land Bremen in  
167 Geborgenheit aufwachsen können. Eltern wie Kinder müssen sich auf eine hohe  
168 Qualität in allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen verlassen können.  
169 Älteren Menschen wollen wir Sichtbarkeit und Respekt bieten und einen  
170 sorgenfreien Lebensabend ermöglichen. Nicht nur für sie, sondern für alle  
171 Einwohner\*innen unseres Bundeslandes wollen wir solide Angebote im Gesundheits-  
172 und Pflegebereich sicherstellen, die in der Nähe und ohne lange Wartezeiten gut  
173 erreichbar sind.

174 Uns ist klar, Grundlage für ein freies und selbstbestimmtes Leben ist ein Dach  
175 über dem Kopf. Priorität ist deshalb, allen Menschen im Land Bremen bezahlbaren  
176 Wohnraum und eine faire Teilnahme am Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt mit Schutz  
177 vor Diskriminierung zu ermöglichen.

178 Der beste Schutz vor Armut ist bekanntlich Arbeit. Aber gerade jetzt in der  
179 digitalen Transformation verändert sich Arbeit sehr stark und löst  
180 Zukunftsängste bei Beschäftigten aus, ob ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten in  
181 Zukunft noch gefragt sind. Wir wollen der\*dem Einzelnen hier Halt bieten, mit  
182 passenden Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen und mit qualitativ  
183 hochwertigen Arbeitsplätzen.

## 184 **Ein gutes Zuhause**

### 185 **Wohnen ist ein Grundrecht und sichert sozialen Frieden.**

186 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht alleine den Kräften des Marktes  
187 überlassen werden. Wir wollen deshalb günstigen Wohnraum schaffen – insbesondere  
188 für Menschen mit kleinen Einkommen, junge Familien und Alleinerziehende.

## 189 **Klimagerecht Bauen und Wohnen**

190 Gerade arme Menschen leben oft in schlecht sanierten Wohnungen. Menschen, die  
191 energetisch sanieren möchten, wollen wir mit Baubegleitung und Förderung  
192 dringend besser unterstützen. Wohngeldempfänger\*innen erhalten einen Klimabonus.  
193 Mit einer kommunalen Wärmeplanung finden wir Lösungen für die individuelle  
194 Wärmeversorgung.

## 195 **Inklusiver Wohnungsmarkt**

196 Immer wieder werden Menschen bei der Wohnungssuche auf unterschiedliche Weise  
197 benachteiligt. Wir wollen diskriminierende Strukturen abbauen, Chancengleichheit  
198 beim Zugang zu Wohnraum herstellen und alle Beteiligten für vorhandene  
199 Missstände und mögliche Lösungsansätze sensibilisieren. Dafür nehmen wir auch  
200 Geld in die Hand.

201 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 202 • Wir haben die Einführung eines qualifizierten Mietspiegels für das Land  
203 Bremen beschlossen, um Wohngeld und die Kosten der Unterkunft besser an  
204 die tatsächlichen Kosten anpassen zu können.
- 205 • Wir haben den Anteil von Sozialwohnungen bei Neubauprojekten auf 30  
206 Prozent erhöht und werden den Bau von sozial gefördertem Wohnraum noch  
207 einfacher und schneller machen.
- 208 • Durch unser Programm der “Landeswohnraumförderung” wurde der Grundstein  
209 für 10.000 neue Wohnungen im Land Bremen gelegt. Wir wollen auch in  
210 Zukunft ambitioniert handeln, um neuen, insbesondere sozial geförderten,  
211 Wohnraum zu schaffen.
- 212 • Unsere Landesprogramme “Lebendige Quartiere” und “Wohnen in  
213 Nachbarschaften” zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in bisher  
214 benachteiligten Stadtteilen sind seit Jahren ein großer Erfolg. Wir werden  
215 deshalb diese Programme weiterführen und neue Fördergebiete aufnehmen.
- 216 • Das vom Land Bremen geförderte Programm “Zukunft Wohnen” erleichtert  
217 Vermieter\*innen die Vergabe von Wohnungen an Geflüchtete.
- 218 • Das Programm “Ältere Menschen im Quartier” sorgt dafür, dass Wohnungen und  
219 Nachbarschaften auch für Menschen im Alter noch attraktiv bleiben.
- 220 • Das erfolgreiche Programm der Wohnraumvermittlung von Geflüchteten in der  
221 Stadt Bremen setzen wir fort und wollen die Zusammenarbeit mit der  
222 Wohnungswirtschaft intensivieren.

223  
224 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 225 • Kommunale Wärmeplanung und Sanierungsunterstützung für mehr Sicherheit bei  
226 der Planung von klimafreundlichen Heizungssystemen.

- 227 • Klimabonus für Wohnungen für Transferleistungsempfänger\*innen.
- 228 • Wohngeldstelle personell aufstocken, um Antragsverfahren zu beschleunigen.
- 229 • Integrationswohnungen für Geflüchtete.

230 Wohnen ist ein elementares Bedürfnis des Menschen. Eine Wohnung bietet Ruhe und  
231 Schutz und schafft den Rahmen für freundschaftliche oder familiäre Gemeinschaft.  
232 Zugleich ist sie der Ausgangspunkt für Begegnungen und Austausch in der  
233 Nachbarschaft und im Stadtteil. Guten Wohnraum zu sichern, ist darum eine  
234 zentrale Aufgabe für unsere Gesellschaft.

235

### 236 **Bezahlbarer Wohnraum mit dem Klimabonus**

237 Das Land Bremen soll einen **„Klimabonus“** für Empfänger\*innen von  
238 Transferleistungen einführen, der höhere Kosten der Unterkunft abdeckt, wenn die  
239 Wohnung entsprechenden energetischen Standards entspricht. So kann  
240 sichergestellt werden, dass alle Menschen in gut gedämmten Wohnungen leben  
241 können. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Pauschale  
242 für Stromkosten bei elektrischer Heißwasserbereitung an den tatsächlichen Bedarf  
243 angepasst wird.

### 244 **Wohngeldstelle ertüchtigen**

245 Wer Wohngeld beantragt, braucht schnell diese Unterstützung. Deswegen werden wir  
246 die **Struktur der Wohngeldstelle** so anpassen, dass die Bearbeitung von  
247 Wohngeldanträgen deutlich beschleunigt wird. Es gibt allerdings viele Menschen,  
248 die überhaupt kein Wohngeld beantragen – obwohl es ihnen zusteht. Wir werden  
249 diese wichtige Leistung deshalb besser bewerben, die Antragstellung erleichtern  
250 und digital ermöglichen. Es ist unser Ziel, diese Leistung auch antragslos zur  
251 Verfügung zu stellen, wenn die Bürger\*innen einwilligen, dass wir statt ihre  
252 Anträge das Wohngeld „automatisch“ berechnen und auszahlen.

### 253 **Warme Wohnzimmer, ohne das Klima anzuheizen**

254 Neben akuten Maßnahmen, Wohnen trotz explodierender Energiekosten bezahlbar zu  
255 halten, müssen wir so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien umsteigen, um  
256 mittelfristig eine grundsätzliche Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten zu  
257 erreichen. Fernwärme und Wärmepumpen sind dabei die Mittel der Wahl. Sie liefern  
258 kostengünstige Energie, sind klimaneutral und bieten die Chance, Preisschocks  
259 wie durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu verhindern.

### 260 **Kommunale Wärmeplanung**

261 Dabei ist für sowohl für Wohnungseigentümer\*innen als auch Mieter\*innen  
262 Planungssicherheit von großer Bedeutung. Mithilfe einer **kommunalen Wärmeplanung**  
263 sollen Bremer\*innen und Bremerhavener\*innen einfach ermitteln können, an welchen  
264 Standorten zu welchem Zeitpunkt mit einer Anbindung an das Fernwärmenetz zu  
265 rechnen ist. Dort, wo dies nicht möglich ist, sollen Heizungsanlagen so bald wie  
266 möglich auf Wärmepumpen oder andere erneuerbare Technologien umgestellt  
267 werden. Dort, wo auch dies keine Lösung ist, müssen wir gemeinsam mit den  
268 Menschen Lösungen finden.

### 269 **Beratung für Haussanierungen**

270 Neben bereits bestehenden Förderungen durch den Bund werden wir für soziale  
271 Härtefälle eine weitere finanzielle Förderung entwickeln. So soll eine Umlage  
272 von hohen Sanierungskosten von Vermieter\*innen auf Mieter\*innen verhindert  
273 werden. Neben finanziellen Mitteln wollen wir die **Beratung für Haussanierungen**  
274 (z.B. das Klima-Bau-Zentrum) deutlich ausbauen und mit Fortbildungen immer auf  
275 dem neuesten Stand halten. Die Bürokratie wollen wir dabei so einfach wie  
276 möglich gestalten. Auch Nachbarschaftsinitiativen, die ihre Wärmeversorgung  
277 gemeinsam gestalten wollen, unterstützen wir.

278  
279 Insbesondere aus den Erfahrungen aus den Kleinst- und Sonderquartieren sowie den  
280 Quartieren im Werden, die erstmalig eine Förderung über das Landesprogramm  
281 erhalten haben, werden wir weitere Maßnahmen ableiten, die einer Stabilisierung  
282 dienen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, in allen WIN-Quartieren  
283 Energielotsen einzusetzen. Sie sollen vor Ort Bremer\*innen aus aller Welt über  
284 Energieeinsparmöglichkeiten informieren und praktische Hilfestellungen geben.  
285 Ziel ist es, Haushalte mit wenig Einkommen zu anzusprechen, die bisher durch die  
286 bestehenden Beratungsangebote nicht erreicht werden.

### 288 **Mehr rollstuhlgerechte Wohnungen**

289 Alle Menschen wollen eine für sich passende Wohnung finden. Die bauliche  
290 Beschaffenheit vieler Wohnungen bietet aber oftmals nicht die richtigen  
291 Voraussetzungen für Rollstuhlfahrer\*innen. Deshalb wollen wir mehr Wohnungen  
292 rollstuhlgerecht und zu sogenannten „R-Wohnungen“ machen. Dazu wollen wir  
293 baurechtlich eine **feste Quote für R-Wohnungen** verankern. Wir setzen uns außerdem  
294 für ein Vormietrecht der Rollstuhlfahrer\*innen für R-Wohnungen ein.

### 295 **Hilfsangebote für Wohnungslose**

296 Mit dem Pilotprojekt “Housing First” haben wir die Hilfsangebote für  
297 Wohnungslose um einen wichtigen Ansatz erweitert. Housing First sieht in der  
298 gesicherten Wohnung die Grundlage für die Bewältigung anderer Herausforderungen  
299 im Leben, wie Verschuldung, Krankheit, Drogenkonsum, Arbeitslosigkeit. Darum  
300 soll den Menschen zuerst eine eigene Wohnung vermittelt werden. Wir werden die

301 Belegrechte für bis zu 150 Wohnungen erwerben. Niedrigschwellige Beratungs- und  
302 Hilfsangebote bauen dann auf dieser Grundlage auf. Auch für Drogenabhängige  
303 wollen wir in Zukunft Wohnangebote mit entsprechenden flankierenden Maßnahmen  
304 anbieten.

### 305 **Antidiskriminierungsprogramm für kommunale Wohnungsbaugesellschaften**

306 Der Brebau-Skandal um Kennzeichnung von Mietinteressent\*innen in Datenbanken  
307 nach Herkunft oder Einkommen hat die besonders harten Auswirkung von  
308 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt konkret sichtbar gemacht. Als Konsequenz  
309 fordern wir, dass die Aufsichtsräte der städtischen Wohnungsbauunternehmen  
310 zukünftig mit mindestens einer Person besetzt werden, die **Kompetenzen im Bereich**  
311 **Antidiskriminierung** vorweisen kann. Vertriebsmitarbeiter\*innen sollen  
312 verpflichtende Schulungen zum Thema Antidiskriminierung wahrnehmen.

313 Das Beratungsangebot der Landesantidiskriminierungsstelle für Menschen auf der  
314 Wohnungssuche unterstützen wir und prüfen, ob es ausreicht. Wir wollen zudem  
315 einen Forschungsauftrag zur Analyse diskriminierender Strukturen und Praktiken  
316 auf dem Wohnungsmarkt im Land Bremen mit daraus resultierenden  
317 Handlungsempfehlungen erteilen. Auf dieser Basis werden wir einen **Runden Tisch**  
318 **“Wohnen in Vielfalt”** einberufen und im Dialog mit den privaten  
319 Wohnungsunternehmen beraten, wie der Wohnungsmarkt inklusiver gestaltet werden  
320 kann.

### 321 **Bei bester Gesundheit**

#### 322 **Vorsorge als Grundprinzip guter Gesundheits- und Pflegepolitik**

323 Unser oberstes Ziel muss es sein, Krankheiten zu vermeiden. Dafür wollen wir die  
324 Schwerpunkte Prävention und Vorsorge in der Aus- und Weiterbildung von  
325 medizinischem und pädagogischem Personal stärken, Gesundheitszentren ausbauen  
326 für schnellere Termine, unsere Städte von Abgasen und Lärmbelastung durch  
327 Fahrzeuge befreien und Gesundheit, körperliche wie seelische, als  
328 Querschnittsthema in unserer Politik verankern.

#### 329 **Hochwertige Versorgung im Quartier**

330 Erkrankten fehlt oftmals die Kraft, sich für ihre Belange einzusetzen. Das  
331 beginnt schon mit der Strecke zur nächsten Praxis. Wir wollen die Qualität und  
332 Struktur der Versorgung verbessern, sodass Menschen in der Nähe ihrer Wohnung  
333 gut und verlässlich versorgt werden können.

#### 334 **Mehr Fachpersonal durch bessere Arbeitsbedingungen**

335 Klatschen reicht nicht für mehr Fachkräfte. Wir wollen die Arbeitsbedingungen von  
336 Fachkräften verbessern und so die Erreichbarkeit von Hebammen, Haus- und

337 Facharztpraxen, Kinderärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen in Bremen und  
338 Bremerhaven verbessern.

339

#### 340 **Selbstbestimmt bis zum Lebensende**

341 Unsere Aufmerksamkeit gilt den Menschen, die auf Pflege oder Unterstützung  
342 angewiesen sind. Sie sollen so lange, wie es möglich ist und sie das selbst  
343 möchten, selbstbestimmt und gut versorgt in ihrem vertrauten Umfeld leben  
344 können.

#### 345 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 346 • Wir haben Studienplätze für Hebammen eingerichtet, sodass jedes  
347 Neugeborene gut im Leben ankommen kann. Wir setzen uns für weitere  
348 stadtteilbezogene Hebammenzentren, bessere Arbeitsbedingungen, ein  
349 kostenfreies Bachelor-Studienangebot für altrechtlich qualifizierte  
350 Hebammen und faire Bezahlung von Hebammen ein.
  
- 351 • Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt des Klinikverbunds (GeNo) in  
352 kommunaler Trägerschaft ein.
  
- 353 • Wir haben das Bremer Glückspielgesetz angepasst, um Spielsucht zu  
354 bekämpfen –gerade bei Jugendlichen.
  
- 355 • Wir haben einen provisorischen Drogenkonsumraum eingerichtet, um die  
356 Gesundheit von Süchtigen durch hygienischen Konsum zu verbessern.
  
- 357 • Wir setzen auf Bundesebene die Legalisierung des Cannabis-Konsums um.
  
- 358 • Den Nicht-Raucher\*innen-Schutz haben wir in dieser Legislaturperiode  
359 weiterentwickelt. Wir setzen uns weiterhin für konsequenten  
360 Nichtraucherschutz ohne Ausnahmen ein, gerade auch in Einraumkneipen und  
361 Nebenräumen. Deswegen werden wir uns entsprechend für eine konsequente  
362 Verschärfung des Nichtraucherschutzgesetzes einsetzen und stellen  
363 ausreichend Personal im Ordnungsdienst zur Kontrolle der Regelungen  
364 bereit.

#### 365 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 366 • Gesundheitsämter personell verstärken und digitalisieren.
  
- 367 • Um den Versorgungsnotstand bei Schwangerschaftsabbrüchen zu beenden,

- 368 ermöglichen wir Mediziner\*innen die notwendigen Fortbildungen
- 369 • Um die Qualität unserer kommunalen Krankenhäuser zu erhalten, wollen wir  
370 ein neues Finanzierungssystem entwickeln.
  - 371 • Bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung und familienfreundlichere  
372 Arbeitszeitmodelle für Fachkräfte im Gesundheitswesen.
  - 373 • Ambulante Versorgung verbessern, damit das Warten auf Arzttermine ein Ende  
374 hat.
  - 375 • Ausbau ambulanter Psychotherapieplätze, auch für Kinder und Jugendliche.
  - 376 • Mehr Hospiz- und Palliativplätze sowie ambulante Pflege, um selbstbestimmt  
377 bis zum Ende leben zu können.
  - 378 • Ausbau einer präventiven Drogenpolitik, die Sucht verhindert und die  
379 Gesundheit von Süchtigen im Blick hat.

380 Wer krank ist, merkt schnell, dass ein verlässliches Gesundheitssystem eines der  
381 wichtigsten öffentlichen Güter ist. In einer alternden Gesellschaft wollen wir,  
382 dass sich jede\*r in ärztlicher Betreuung sicher und gut betreut fühlt. Wir  
383 schaffen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen im Land Bremen bessere  
384 Arbeitsbedingungen. Es braucht Anreize für medizinisches Personal nach  
385 Bremerhaven und Bremen zu kommen.

386  
387 Die Chancen auf ein gesundes Leben hängen zu stark vom Einkommen, Bildungsgrad  
388 und weiteren Faktoren ab. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Armen  
389 und Reichen Menschen beträgt ca. sechs Jahre. Diese Ungerechtigkeit an  
390 Lebenszeit ist in den vergangenen Jahren sogar gestiegen. Nicht erst in der  
391 Corona-Pandemie wurde dies sichtbar. Besonders betroffen waren Menschen in  
392 Armut: Diese waren von der Pandemie hinsichtlich Infektionsrisiko,  
393 Verlaufsschwere und Mortalität deutlich härter betroffen. Armutsbekämpfung und  
394 ein besserer Zugang zu Therapieangeboten müssen hier Hand in Hand gehen.

395 Wir legen daher einen Schwerpunkt darauf, den Zugang und das Wissen über  
396 Gesundheitsdienstleistungen, wie Vorsorgeuntersuchungen und Präventionsmaßnahmen  
397 zu verbessern.

#### 398 **Gesundheitsämter stärken**

399 Nicht erst in der Corona-Pandemie wurde sichtbar, dass wir als Gesellschaft  
400 größere Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu  
401

402 stärken. Wir wollen die **Gesundheitsämter personell und technisch dauerhaft**  
403 **stärken**. Insbesondere durch weitere Digitalisierung soll der Datenaustausch  
404 verbessert, die Arbeitnehmer\*innen entlastet und die Abläufe transparenter sowie  
405 effizienter gestaltet werden. Die Gesundheitsämter müssen attraktivere  
406 Arbeitgeberinnen für medizinisches und pflegerisches Fachpersonal werden. Sie  
407 sollen regelmäßige **Gesundheits- und Pflegekonferenzen** durchführen, die eine  
408 bessere Vernetzung sicherstellen, gesundheitspolitische Empfehlungen erarbeiten  
409 und an einem gezielten Gesundheitsmonitoring mitwirken.

410 Die Stellen für **Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren und in den Schulen**  
411 wollen wir verstetigen und ausbauen. Darüber hinaus sollen die Gesundheitsämter  
412 als **Zentralstellen für Pandemieprävention und gesundheitlichen**  
413 **Bevölkerungsschutz** eine auskömmliche Bevorratung mit Schutzausrüstung, die  
414 Funktionsfähigkeit von Meldesystemen und die Durchführung von  
415 Pandemieschutzübungen sicherstellen, Maßnahmen zur Versorgung bei Natur- oder  
416 anderen Katastrophen koordinieren, den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels  
417 vorbeugen sowie den Menschen, die unter den Folgen der Pandemie leiden, helfen,  
418 wieder gesund zu werden. Der **Sozialpsychiatrische Dienst** soll unter  
419 Verantwortung des Gesundheitsamts personell ausgebaut werden und wieder rund um  
420 die Uhr zur Verfügung stehen.

#### 421 **Neues Finanzierungssystem für unsere kommunalen Kliniken**

422 Falsche politische Weichenstellungen vorheriger Bundesregierungen haben zu  
423 Fehlanreizen auch bei unseren kommunalen Kliniken geführt. Der entstandene  
424 ökonomische Druck geht zu Lasten der Versorgung von Patient\*innen und zu einer  
425 unerträglichen Belastung der Beschäftigten. Kliniken sollen deshalb nicht mehr  
426 nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert  
427 werden. Wir setzen uns für die Beseitigung von Fehlanreizen ein, die zu  
428 unnötigen Behandlungen führen, die Grundversorgung unattraktiv machen und  
429 Menschen mit seltenen Krankheiten außer Acht lassen. Dafür braucht es ein **neues**  
430 **bundesweites Finanzierungssystem** nicht nur bei den Klinikleistungen, sondern  
431 auch bei den ambulanten ärztlichen Vergütungen. Zudem muss stärker in unsere  
432 Kliniken investiert werden, um nötige bauliche Modernisierungen nach aktuellen  
433 energetischen Standards zu realisieren und die Kliniken zukunftssicher  
434 aufzustellen.

435  
436 Die Notfallambulanzen müssen wieder ausschließlich für die Versorgung von  
437 Notfällen zur Verfügung stehen und nicht für hausärztliche Versorgung außerhalb  
438 der Praxiszeiten. Integrierte Notfallzentren ermöglichen stattdessen eine  
439 nahtlose Versorgung und eine bessere personelle Ausstattung nachts und an den  
440 Wochenenden.

441 Wir wollen, dass der Klinikverbund Gesundheit Nord (**GeNo**) in der Stadt Bremen in

442 kommunaler Trägerschaft bleibt. Zusammen mit den freigemeinnützigen und privaten  
443 Kliniken bieten die Kliniken im Land Bremen eine umfassende und hochwertige  
444 medizinische Versorgung in der Region. Dafür müssen unsere **kommunalen Kliniken**  
445 **bedarfsgerecht und wirtschaftlich geführt werden**. Hierzu gehört eine sinnvolle  
446 Verteilung und Konzentration der medizinischen Abteilungen. Diese wollen wir mit  
447 einer aktiv gestaltenden **Landeskrankenhausplanung** erreichen und dabei alle  
448 Bremer Kliniken – kommunale und freigemeinnützige – gleichermaßen in den Blick  
449 nehmen. Überall alles anzubieten reduziert die Behandlungsqualität, ist nicht  
450 effektiv und teuer. In diesem Sinne werden wir die Empfehlungen des bereits in  
451 Auftrag gegebenen Gutachtens zum Krankenhaus Links der Weser sorgfältig prüfen.  
452 Mit der neuen niedersächsischen Landesregierung wollen wir zudem einen neuen  
453 Anlauf unternehmen, eine gemeinsame Krankenhausplanung und gerechte  
454 Kostenverteilung in der Region zu erreichen.

455 **Interdisziplinäre Zentren für sexuelle und geschlechtliche Gesundheit**  
456 Sexuelle und geschlechtliche Gesundheit ist komplex und oft mit  
457 Berührungspunkten verbunden. Deshalb wollen wir **interdisziplinäre Zentren für**  
458 **sexuelle und geschlechtliche Gesundheit und Familienplanung** schaffen. Diese  
459 sollen den gesamten Bereich der sexuellen und genderspezifischen Gesundheit  
460 abdecken, von der Testung sexuell übertragbarer Krankheiten, über eine  
461 gynäkologische Sprechstunde für Frauen ohne Krankenversicherung bis hin zu  
462 niedrigschwelligen und mehrsprachigen Beratungs- und Bildungsangeboten, zum  
463 Beispiel über Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbrüche. Für trans\*, inter\*  
464 und nicht-binäre Personen wollen wir eine Anlaufstelle schaffen und  
465 Versorgungssicherheit herstellen, um sie bei vielen Belangen der medizinische  
466 Transition zu unterstützen und den Mangel an Behandler\*innen in Bremen  
467 auszugleichen. Besonders auch im Bereich der Gynäkologie und Endokrinologie gibt  
468 es erhebliche Bedarfe für den sensiblen Umgang mit lesbischen, trans\*- und  
469 inter\*-Patient\*innen.

#### 470 **Sicherheit bei Schwangerschaftsabbruch**

471 Wir lehnen die Kriminalisierung von **Schwangerschaftsabbrüchen** ab und setzen uns  
472 auf Bundesebene für die Streichung von § 218 ein. Die Versorgung mit medizinisch  
473 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist gefährdet. Wir fördern eine  
474 bedarfsgerechte Versorgung im Land Bremen Zum Beispiel indem wir Mediziner\*innen  
475 die notwendige **Fortbildung** in Abbruchmethoden ermöglichen und so wieder mehr  
476 qualifiziertes Fachpersonal bereitstellen. Schwangere müssen selbst entscheiden  
477 können, ob sie ein Kind bekommen wollen. Wir sichern ihnen unabhängige  
478 Information, Rat und Unterstützung zu, egal für welchen Weg sie sich  
479 entscheiden. Menschen brauchen im Fall einer ungewollten Schwangerschaft  
480 schnellen und einfachen Zugang zu Hilfe.

#### 481 **Ausbau ambulanter Psychotherapieplätze**

482 Es ist nicht zumutbar, dass Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf  
483 **qualifizierte psychotherapeutische oder psychiatrische Hilfe** warten müssen. Wir  
484 setzen uns für bessere Zugänge zu passgenauer psychosozialer und  
485 psychotherapeutischer Versorgung ein. Dafür braucht es mehr Kassenzulassungen  
486 von Psychotherapeut\*innen und eine bessere, sektorübergreifende Vernetzung  
487 bereits bestehender Hilfestrukturen. Bei allen Schritten einer weiteren  
488 Psychiatriereform wollen wir die Einbeziehung der Betroffenen sicherstellen und  
489 Peer-to-Peer-Ansätze wie Ex-In stärken. Wir halten es für wichtig, dass **mehr**  
490 **qualifizierte Anlaufstellen** geschaffen werden und der Prävention psychischer  
491 Erkrankungen sowie der Suizidprävention mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen  
492 gewidmet werden. Wir unterstützen den Ansatz, mit inklusiven (Wohn-)Projekten  
493 Psychiatrieaufenthalte so gut es geht zu vermeiden. Wir wollen den Zugang zu  
494 vorsorgender Beratung und stigmatisierungsfreier Behandlung für Kinder und  
495 Jugendliche erleichtern.

#### 496 **Fachkräftemangel in der Pflege durch bessere Arbeitsbedingungen bekämpfen**

497 Die hohe Arbeitsbelastung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen hat zu einem  
498 enormen **Fachkräftemangel in der Pflege** geführt. Wer in der Pflege arbeitet, muss  
499 die Aussicht haben, sich beruflich weiter qualifizieren zu können und  
500 aufzusteigen. Wir möchten, dass Pflegekräfte ohne wirtschaftlichen Druck in  
501 ihrem Beruf arbeiten können und wollen die **Arbeitsbedingungen so verbessern**,  
502 dass sie in ihrem Beruf bleiben. Daher setzen wir uns dafür ein, dass  
503 Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung erfahren sowie eine angemessene  
504 Bezahlung, mehr Zeitsoveränität und eine familienfreundliche  
505 Arbeitsorganisation erhalten, welche durch die Nutzung fundierter,  
506 wissenschaftlicher Personalbemessungsinstrumente umsetzbar ist. Wir bauen die  
507 Zahl der Ausbildungsplätze für Fach- und Assistenzkräfte weiter aus, kümmern uns  
508 um einen transparenten und zügigen Prozess bei der Anerkennung ausländischer  
509 Berufsabschlüsse und fördern die Akademisierung der Pflege im Land Bremen. Wir  
510 stellen sicher, dass nötige Weiterbildungen in Bremen in ausreichender Anzahl  
511 angeboten werden.

#### 512 **Ambulante Versorgung verbessern**

513 Wir wollen die ambulanten Versorgungsstrukturen in den jeweiligen Stadtteilen  
514 weiter ausbauen und allen pflegebedürftigen Menschen ein möglichst langes Leben  
515 in ihrem häuslichen Umfeld ermöglichen. Wir wollen zudem den Ausbau von  
516 integrierten Gesundheitszentren weiter vorantreiben, um das Zusammenwirken  
517 unterschiedlicher medizinischer und präventiver Angebote und der Pflege unter  
518 einem Dach zu ermöglichen. Viele Menschen werden von ihren Angehörigen oder  
519 Freund\*innen im Alter versorgt. Wir wollen für sie kostenfreie und  
520 professionelle Fortbildungsmöglichkeiten schaffen und setzen uns für deutlich  
521 verbesserte Entlastungsmöglichkeiten ein. Hierfür muss die Zahl der  
522 Kurzzeitpflegeplätze mit Tages- und Nachtpflegeangeboten im Land Bremen erhöht

523 werden.

524 Wir befürworten eine Verknüpfung von Quartierszentren und ambulanten  
525 Behandlungszentren und wollen dies in einem Modellprojekt erproben.

### 526 **Mehr Hospiz- und Palliativplätze**

527 Wenn das Lebensende naht, muss jeder Mensch die Möglichkeiten haben,  
528 selbstbestimmt über die passende Versorgung und das eigene Lebensende zu  
529 entscheiden. Die Umsetzung des anstehenden Bundestagsbeschlusses zur Reform der  
530 Sterbehilfe werden wir in Bremen verantwortungsvoll umsetzen und notwendige  
531 Finanzierung bereitstellen. Angesichts der zunehmenden Zahl alter Menschen  
532 fehlen im Bundesland Bremen trotz des erfolgreichen Ausbaus **Hospiz- und**  
533 **Palliativplätze**. Sterbenden bleibt somit häufig dieser Weg der Versorgung  
534 verwehrt. Diese Situation wollen wir schnell verbessern und weitere Angebote der  
535 stationären und ambulanten Palliativ-Versorgung und der Schmerzlinderung für  
536 alle sowie Suizidprävention für alle Altersgruppen zugänglich machen.

### 537 **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz**

538 Unsere Bevölkerung wird immer älter und unsere Sommer immer heißer. Einige  
539 sterben sogar daran. Wir brauchen daher eine klimaangepasste Infrastruktur, die  
540 die Menschen schützt: Wir verlangen Hitzeschutzkonzepte für alle  
541 Großveranstaltungen im Sommer, die kurzfristig aktiviert werden können. Dazu  
542 braucht es einen **Hitzeaktionsplan** der behördliche Hitzewarnungen,  
543 Verhaltensregeln bei Hitze auf öffentlichen Anzeigetafeln, die Organisation von  
544 Nachbarschaftshilfe sowie die gezielte Ansprache von Pflege- und  
545 Senioreneinrichtungen und Kliniken beinhaltet. Wir kontrollieren stärker die  
546 Einhaltung von Arbeitssicherheitsregeln bei Hitze besonders für Menschen, die  
547 körperliche Arbeit verrichten. Neue Bushaltestellen mit begrünten Dächern, die  
548 vor Hitze schützen, setzen wir um.

### 549 **Menschenorientierte Drogenpolitik**

550 Unsere Grundsätze in der Drogenpolitik lauten intensive **Aufklärung und**  
551 **Jugendschutz sowie Prävention von Suchterkrankungen**. Das Aufklärungs- und  
552 Präventionsangebot wollen wir ausbauen und auf nicht substanzgebundene Süchte  
553 wie Glücksspiel-, Kauf- und Medienabhängigkeit ausdehnen, um diese abzubauen. Um  
554 das Bremer Nachtleben und die Feiernkultur in unseren Städten auch für  
555 Drogenkonsumierende sicherer zu machen, unterstützen wir Projekte, welche auf  
556 Partys über Substanzen sowie schadensminimierenden Konsum aufklären und so den  
557 niedrigschwelligen Erstkontakt zu Konsumierenden für die **suchtpräventive Arbeit**  
558 zuermöglichen. Die Jugendarbeit wollen wir stärken und weiterentwickeln. Wir  
559 wollen ein gutes **Drugchecking-Angebot** schaffen, kombiniert mit Angeboten zur  
560 Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Dies ermöglicht  
561 Konsument\*innen, Drogen auf giftige Beimengungen sowie die tatsächliche  
562 Dosierung untersuchen zu lassen und so Gesundheitsrisiken zu reduzieren.

563

564 **Menschen unterschiedlicher Herkunft, Altersgruppen und Geschlechter stärker**  
565 **berücksichtigen**

566 Bislang wird im pharmazeutischen und diagnostischen Bereich der männliche Körper  
567 von weißen Personen als Norm betrachtet. Lehrinhalte werden an diesem  
568 ausgerichtet und vermittelt. Wir wollen deshalb ein Gesundheitssystem fördern,  
569 das Unterschiede im Blick hat und jedem Menschen die richtige Versorgung  
570 ermöglicht. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege,  
571 insbesondere jenseits der zweigeschlechtlichen Einteilung, wollen wir stärken  
572 und in der Praxis konsequenter umsetzen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass  
573 die Diagnostik von Schwarzen, Indigenen und „People of Color“ (BIPoC) eine  
574 größere Rolle in der Ausbildung von Pfleger\*innen und Ärzt\*innen spielt und in  
575 der Forschung fest verankert wird.

576

577 **Informationskampagne Gesundheitskompetenz**

578 Mangelnde Selbstfürsorge, besonders bei Männern, Nicht-Wahrnehmen von  
579 Präventionsterminen oder Therapieangeboten, erhöhtes Risiko- oder Suchtverhalten  
580 und schlechte Ernährung (bspw. hoher Fleischkonsum) wirken sich negativ aus. Wir  
581 wollen mit einer Sensibilisierungs- und Informationskampagne in Bremen die  
582 Gesundheitskompetenz diesbezüglich steigern.

583 **Alt, agil, eingebunden**

584 **Eine Stadt der kurzen Wege**

585 Wir wollen die Stadtteile so organisieren, dass es älteren Menschen möglich ist,  
586 so lange wie sie wollen, in ihrer gewohnten Umgebung wohnen zu bleiben. Dafür  
587 braucht es kurze Wege zu Dingen des täglichen Bedarfs, Hitzeanpassung und gute  
588 Versorgung im Quartier.

589

590 **Netzwerke vor Ort entwickeln**

591 Wir wollen nachbarschaftliche Hilfsangeboten mit professionellen Sozial- und  
592 Gesundheitsleistungen verknüpfen, um so ein sicheres und persönliches Netz für  
593 ältere Menschen und ihre Bedürfnisse zu knüpfen.

594

595 **Einsamkeit bekämpfen**

596 Ältere Menschen sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Damit das so  
597 bleibt, müssen sie gut eingebunden werden. Wir wollen öffentliche Orte der  
598 Begegnung und Zusammenarbeit schaffen, um der zunehmenden Vereinsamung von  
599 Menschen entgegenzuwirken und das Ehrenamt zu stärken.

600 **Was wir schon geleistet haben:**

- 601 • Ambulante Hilfs- und Unterstützungsangebote sowohl medizinische als auch  
602 pflegerische, werden in jedem Ortsteil gebraucht. Unseren Grünen Ansatz  
603 der „Aufsuchenden Altenarbeit“ wollen wir ausweiten und weiterentwickeln.  
604 So bekämpfen wir die zunehmende Vereinsamung alter Menschen mit  
605 unterschiedlichen Trägern, die präventive Hausbesuche anbieten, auf  
606 unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten hinweisen und regelmäßige  
607 Besuche ehrenamtlicher Helfer\*innen koordinieren. Wir setzen uns für eine  
608 verbesserte interkulturelle Öffnung der Regelangebote für ältere  
609 Migrant\*innen sowie für ergänzende zielgruppenspezifische Maßnahmen und  
610 Projekte ein.

611 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 612 • Rückbau der Nahversorgung umkehren.
- 613 • Quartierszentren mit Sozial- und Gesundheitsleistungen ausbauen.
- 614 • Aufsuchende Altenarbeit ausweiten.
- 615 • Interkulturelle Öffnung der Regelangebote, um Migrant\*innen in der  
616 Altenarbeit besser zu erreichen.
- 617 • Besondere Angebote für queere, ältere Menschen entwickeln.

618 Die Lebensentwürfe älterer und alter Menschen sind heute genauso vielfältig wie  
619 bei den Jüngeren. Leben in Wohngemeinschaften oder Senioreneinrichtungen,  
620 eingebunden in die Groß- oder Wahlfamilie, engagiert im Sport und im Ehrenamt.  
621 Viele Rentner\*innen und alte Menschen sind noch **mobil, relativ fit und voller**  
622 **Tatendrang**. Sie bringen sich in die Gesellschaft ein und geben ihre  
623 Lebenserfahrung weiter.

624 **Rückbau der Nahversorgung umkehren**

625 Aber die Anzahl der Menschen, die im Alter allein bleiben, von **Einsamkeit**  
626 betroffen sind, wenig mobil sind und wenig bis keinerlei Kontakte mehr pflegen  
627 können, nimmt zu. Ihre Lebenslage wird zusätzlich durch den stetigen **Rückbau der**  
628 **Nahversorgung** im Quartier erschwert. Der Plausch im Laden an der Ecke, das Stück  
629 Kuchen im Café - all das ist in vielen Quartieren kaum noch möglich. Diese  
630 Entwicklung wollen wir umkehren. Wir Grüne wollen die **Stadtteile deshalb so**  
631 **gestalten**, dass es älteren Menschen möglich ist, so lange, wie sie wollen, in

632 ihrer gewohnten Umgebung wohnen zu bleiben. Eine Stadt der kurzen Wege  
633 erleichtert allen Menschen das Leben, aber ältere und alte Menschen sind darauf  
634 angewiesen, die von ihnen benötigten Dienstleistungen und Einkaufs- und  
635 Kontaktmöglichkeiten in ihrer unmittelbaren Umgebung zu finden.

#### 636 **Nachbarschaftliche Hilfsnetzwerke**

637 Innerhalb der Quartiere setzen wir weiterhin auf **nachbarschaftliche**  
638 **Hilfsnetzwerke** mit gegenseitiger Unterstützung, öffentliche Einrichtungen wie  
639 Quartierszentren mit Sozial- und Gesundheitsleistungen, Dienstleistungszentren  
640 und Begegnungsstätten mit entsprechenden Ansprechpersonen und Hilfsangeboten bei  
641 der Digitalisierung. Die hier geleistete wichtige Arbeit werden wir intensiver  
642 fördern und an neue Bedarfe anpassen.

643 Wir sehen in der Digitalisierung einen wichtigen Baustein im Kampf gegen  
644 Einsamkeit im Alter und wollen Menschen jeden Alters ein digitales Leben  
645 ermöglichen – zu Hause ebenso wie in Senioreneinrichtungen.

646

#### 647 **Seniorenvertretung stärken**

648 Viele ältere Menschen engagieren sich im Ehrenamt, in Bürgerinitiativen, in  
649 Verbänden und Initiativen. Dieses **Engagement** ist von hohem Wert für das  
650 gegenseitige Verständnis der Generationen. Der bremischen **Seniorenvertretung**  
651 kommt als Interessenvertretung für alle älteren und alten Menschen im Land  
652 Bremen eine besondere Rolle zu. Wir werden ihre Arbeit auch weiterhin begleiten  
653 und sie als politische Partnerin in unsere Entscheidungen einbinden.

#### 654 **Angebote für pflegebedürftige queere Menschen**

655 Queere Menschen schaffen sich häufig Unterstützungssysteme außerhalb der  
656 biologischen Familie, die ein Leben lang funktionieren, aber im Alter an  
657 institutionellen Hürden scheitern können. Wenn sie auf Einrichtungen der  
658 Altenhilfe angewiesen sind, ziehen sich daher viele zurück, um die eigene  
659 Identität als LGBTIAQ\* aus Angst vor erneuter Zurückweisung verborgen zu halten.  
660 Wir wollen **Angebote für pflegebedürftige queere Personen schaffen** und bestehende  
661 Einrichtungen stärker sensibilisieren.

#### 662 **Ohne Armut leben**

#### 663 **Gerechte Löhne, Renten und Zugang zu Unterstützung**

664 Voraussetzung für ein Leben frei von staatlichen Hilfeleistungen und  
665 Armutsgefährdung ist eine sichere Arbeitsstelle und eine entsprechende  
666 existenzsichernde Entlohnung. Wir stehen für eine Arbeitsmarktpolitik, die es  
667 ermöglicht, von der eigenen Arbeit leben zu können. Wo das nicht reicht, setzen

668 wir uns für einen unkomplizierten und diskriminierungsarmen Zugang zu  
669 Unterstützungsleistungen ein.

### 670 **Alleinerziehende unterstützen**

671 Alleinerziehende sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Wir wollen die  
672 Rahmenbedingungen für eine Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden durch  
673 maßgeschneiderte Ausbildungskonzepte und erweiterte KiTa-Angebote verbessern.

### 674 **Ökonomische Perspektiven für alle Menschen**

675 Das beste Rezept gegen Armut ist ein wirtschaftliches Umfeld, in dem sichere  
676 Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Bereichen und allen Gehaltsklassen entstehen.  
677 So wollen wir Menschen die Möglichkeit bieten, ein gutes Einkommen zu erzielen  
678 und Altersarmut zu verhindern. Dabei haben wir auch das Wohlergehen von Menschen  
679 in anderen Ländern im Blick. Wir wollen eine Wirtschaft, die Räume für ein gutes  
680 Leben eröffnet und niemandem schadet.

### 681 **Betroffenen helfen**

682 Krankheit, Schulden, hohe Energiekosten, Wohnungsnot und mehrere Jobs: Wir  
683 wollen von Armut Betroffene stärken und sie dabei unterstützen, die  
684 Abwärtsspirale zu durchbrechen. Wir ermöglichen auch Menschen, die keine Arbeit  
685 ausführen können, ein Leben ohne Existenzängste und in Würde.

### 686 **Gerechte Löhne und auskömmliche Renten**

687 Voraussetzung für ein Leben frei von staatlichen Hilfeleistungen und  
688 Armutsgefährdung ist eine sichere Arbeitsstelle und eine entsprechende  
689 existenzsichernde Entlohnung. Wir stehen für eine Arbeitsmarktpolitik, die es  
690 ermöglicht, von der eigenen Arbeit leben zu können.

### 691 **Was wir bereits unternommen haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 692 • Mit der Einführung der Kindergrundsicherung durch das Grüne  
693 Bundesfamilienministerium wird Kinderarmut reduziert werden.
  
- 694 • Wir haben den günstigen Zugang zur Schulden- und Insolvenzberatung  
695 ermöglicht und wollen diese auch weiterhin niedrigschwellig und  
696 verbindlich gestalten.

- 697
- Mit der Einführung des Bürgergelds im Bund werden wir das System von „Hartz IV“ überwinden. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dieses weiter zu erhöhen.
- 698
- 699

700 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 701
- Ausbau von flexiblen Arbeitszeitmodellen, jobbegleitenden Unterstützungsmaßnahmen und Ausweitung der Dauer von arbeitsmarktpolitischen Programmen zur Integration.
- 702
- 703
- 704
- Verbesserung der Angebote für flexible Kinderbetreuung und Verknüpfung von arbeitsmarktpolitischen Programmen mit dem Ausbau der KiTa-Angebote.
- 705
- 706
- Ausbau von Angeboten für Teilzeitausbildungen für Alleinerziehende.
- 707
- Vereinfachter Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten für von Armut betroffene Menschen.
- 708
- 709
- Bürokratieabbau für Zuwendungsempfänger, damit sie sich auf ihre Arbeit oder Aus- und Weiterbildung konzentrieren können.
- 710

711 In Bremen und Bremerhaven leben viel zu viele Menschen in Armut. Besonders  
712 betroffen sind Familien, Kinder, Frauen und Alte. Diese Armut zu bekämpfen ist  
713 zentrales Ziel Grüner Politik! Deshalb unterstützen wir die von uns lang  
714 geforderte Kindergrundsicherung und werden die Einführung des Bürgergelds durch  
715 die neue Bundesregierung konstruktiv begleiten. Es ist uns ein Herzensanliegen,  
716 dass die immer breiter werdende Schere zwischen Arm und Reich wieder kleiner  
717 wird.

718 Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht allein beseitigen. Aber  
719 gemeinsam mit den verschiedensten Akteur\*innen, die sich in Bremen und  
720 Bremerhaven dem Kampf gegen Armutsgefährdung verschrieben haben, wollen wir  
721 Armut weiter reduzieren. Wir sorgen für bedarfsgerechte Kinderbetreuung, damit  
722 Eltern arbeiten können. Wir unterstützen Langzeitarbeitslose intensiv dabei,  
723 wieder dauerhaft in der Arbeitswelt Fuß zu fassen.

724

725 **Existenz- und rentensichernde Entlohnung**

726 Im Land Bremen obliegt uns eine besondere Verantwortung, berufliche Perspektiven  
727 für Menschen zu schaffen, die zu einem existenzsichernden und rentensicheren  
728 Einkommen führen.

729

730 Migrant\*innen, Langzeitarbeitslosen, Wiedereinsteiger\*innen und Menschen mit

731 niedrigen Ausbildungsstandards werden wir durch bessere Vorbereitungskurse eine  
732 Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtern. Unsere  
733 **arbeitsmarktpolitischen Programme zur Integration** von z.B. Langzeitarbeitslosen  
734 oder Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt werden wir mit Hilfe von europäischen  
735 und Bundesmitteln fortführen, intensivieren und besser an die Bedürfnisse der  
736 Menschen anpassen. Dazu gehören flexible Arbeitszeitmodelle auch in der  
737 Ausbildung, jobbegleitende Unterstützungsmaßnahmen, die Ausweitung der  
738 Programmdauer sowie passgenaue und schnell zur Verfügung stehende Angebote zur  
739 flexiblen Kinderbetreuung für Teilnehmer\*innen an Beschäftigungsprogrammen.

#### 740 **Alleinerziehende unterstützen**

741 Besonders von Armut betroffen sind die im Land Bremen lebenden  
742 Alleinerziehenden. Auffällig sind im Land Bremen die hohen Quoten von  
743 Alleinerziehenden ohne Schul- bzw. Berufsabschluss. Wir werden die Möglichkeiten  
744 von Teilzeitausbildungen sowohl in der schulischen als auch in der dualen  
745 Ausbildung ausbauen, um frühzeitig der drohenden Armutsspirale für  
746 Alleinerziehende zu begegnen. Hier ist von besonderer Bedeutung, dass  
747 Ausbildungen, die aus dem ALG II-Bezug heraus beginnen, auch in voller Länge  
748 finanziert werden. Dafür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen.

749  
750 Grundlage einer Erwerbstätigkeit für Alleinerziehende ist eine verlässliche und  
751 flexible, an den tatsächlichen **Bedarf angepasste Kinderbetreuung**. Wir werden  
752 deshalb beim Kita-Ausbau die bessere Randzeitenbetreuung stark berücksichtigen,  
753 über die Regelbetreuung hinaus auch flexible Kinderbetreuungseinrichtungen  
754 vorhalten und kreative Lücken-Betreuungsangebote ausbauen.

#### 755 **Flächendeckendes Netz an Beratungs- und Hilfeeinrichtungen**

756 In Bremen und Bremerhaven haben sich sehr gute und für von Armut Betroffene  
757 wichtige (Selbst-)Hilfenetzwerke gebildet. Ein **flächendeckendes Netz an**  
758 **Beratungs- und Hilfeeinrichtungen unterstützt Betroffene** dabei, Folgen von  
759 Armut, wie Schulden, Vereinsamung oder Krankheit, abzufedern. Wir fördern und  
760 unterstützen daher die erfolgreiche Arbeitslosen- und Sozialberatung, die  
761 Schulden- und Insolvenzberatung sowie die Verbraucherschutzzentrale. Mitunter  
762 ist die Bremer Beratungslandschaft für Kund\*innen sehr unübersichtlich und es  
763 braucht zu viel Zeit und vergebliche Termine, bis die richtige Beratungsstelle  
764 gefunden wurde. Diese Drehtüreffekte bei Beratungseinrichtungen wollen wir  
765 überprüfen, um im Sinne der Betroffenen schnelle und effektive Hilfestrukturen  
766 zu gewährleisten.

#### 767 **Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt**

768 Wir unterstützen Langzeitarbeitslose intensiv dabei, wieder dauerhaft in der  
769 Arbeitswelt Fuß zu fassen. Dabei fokussieren wir uns nicht nur auf das Ziel der  
770 Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt, sondern schaffen mehr **Perspektiven**  
771 **durch einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt**. Wir stärken massiv den sozialen  
772

773 Wohnungsbau und gewährleisten durch den Bremer Mindestlohn faire Löhne und gute  
774 Arbeitsbedingungen.

775

### 776 **Tafeln unterstützen**

777 Die Tafeln in Bremen und Bremerhaven leisten in Krisenzeiten, wie der Pandemie  
778 oder der Energiekrise, einen enormen Beitrag zur Abfederung von Armut. Wir  
779 werden uns dafür einsetzen, dass die **Betriebskosten (Energie und Müll) der**  
780 **einzelnen Ausgabestellen durch die Kommunen Bremen und Bremerhaven übernommen**  
781 **werden**. Zudem werden wir die Tafeln darin unterstützen, eine landesweite  
782 Kampagne auflegen, mit dem Ziel, mehr Ehrenamtliche für die Mitarbeit in den  
783 Ausgabestellen zu gewinnen.

### 784 **Familienbildungsarbeit**

785 Insbesondere in der Pandemiezeit hat sich gezeigt, wie wichtig die  
786 Familienbildungsarbeit ist. Die präventive Arbeit der Häuser der Familie,  
787 Mütterzentren, Mehrgenerationenhäuser und Quartierszentren leisten gezielte  
788 Einzelfallhilfe, stärken die Familien und verhindern dadurch kostenpflichtige  
789 Hilfen zur Erziehung. Diese Orte der Begegnung und des niedrigschwelligen und  
790 kostenfreien Austausch stärken gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt. Diese  
791 wichtigen Institutionen wollen wir finanziell und personell stärken, da so das  
792 Jugendamt und Hilfesystem entlastet wird.

793

### 794 **Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis**

795 Zuwendungsempfänger\*innen erfüllen tagtäglich wichtige Aufgaben im Auftrag des  
796 Landes. In allen Bereichen des Lebens leisten sie durch ihre Arbeit einen  
797 elementaren Beitrag, durch den das gesellschaftliche Zusammenleben gewährleistet  
798 wird. Durch unsere Initiative zur Vereinfachung und Entbürokratisierung werden  
799 wir die Zuwendungspraxis modernisieren. Die daraus resultierenden  
800 Verfahrensabläufe werden wir zukünftig genau beobachten und begleiten, mit dem  
801 Ziel, tatsächliche Erleichterungen für die Antragssteller\*innen zu erreichen.

### 802 **Arbeit fair gestalten**

### 803 **Transformation ermöglichen**

804 Wir wollen den Wandel hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftsmodell für  
805 Arbeitnehmer\*innen möglich machen. Im Mittelpunkt stehen dabei Qualifizierung,  
806 Beratung und die Entwicklung neuer Berufsbilder sowie leichtere Übergänge in  
807 Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und Unternehmen. Ob beim ÖPNV-Ausbau, der  
808 Gebäudesanierung oder im Technologiepark – mit der Investition in Klimaschutz  
809 schaffen wir neue Arbeitsplätze auf allen Qualifizierungsstufen.

### 810 **Die Arbeitswelt flexibel an Bedürfnisse von Menschen anpassen**

811 Arbeitsbedingungen sollen so gestaltet sein, dass sie den unterschiedlichen  
812 Bedürfnissen von Menschen entgegenkommen – sei es mobiles Arbeiten, flexible  
813 Arbeitszeitmodelle, bessere Work-Life-Balance, oder die Integration von  
814 ausländischen Fachkräften.

815

### 816 **Gleiche Chancen und gerechte Bezahlung**

817 Wir wollen die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und setzen uns  
818 für gleiche Bezahlung und gute Kinderbetreuung ein. Auch auf dem Arbeitsmarkt  
819 gibt es vulnerable Gruppen, die wir vor Ausbeutung und prekären  
820 Arbeitsbedingungen schützen wollen.

### 821 **Was wir bereits unternommen haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

822 • Wir haben mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz ein Instrument auf den Weg  
823 gebracht, das faire Arbeitsbedingungen in Bremen und Bremerhaven sichert.  
824 Unternehmen, die die Tariftreue unterlaufen, sollen bei Ausschreibungen  
825 öffentlicher Aufträge nicht mehr profitieren. Wir werden hier zukünftig  
826 die Tarifbindung stärker prüfen.

827 • Wir setzen uns für den Fortbestand von Projekten ein, die  
828 Mitarbeiter\*innen in kleinen und mittleren Unternehmen im Fokus haben und  
829 diese in der Weiterbildung in der digitalen Transformation unterstützen.  
830 Wir wollen Bildungsangebote für betriebliche Interessenvertretungen zu  
831 Themen der digitalen Transformation unterstützen.

832 • Wir machen uns im Bund für die doppelte Entfristung des  
833 Teilhabechancengesetzes stark, sodass mehr Menschen in  
834 Langzeitarbeitslosigkeit auch über die bisher gültige 5-Jahre-Förderdauer  
835 hinaus gefördert werden können.  
836 Wir wollen Weiterbildungen mit einem Abschluss in einem anerkannten  
837 Ausbildungsberuf gezielter fördern, um Arbeitssuchende nachhaltig in  
838 existenzsichernde Beschäftigung zu bringen und somit die Gefahr der  
839 Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern.

### 840 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

841 • Transformationslotsen, um die Qualifizierung von Arbeitnehmer\*innen für  
842 den  
843 digitalen Wandel der Arbeitswelt zu verbessern.

844 • Reform des Arbeitsschutzgesetz und des Arbeitszeitgesetzes, um mobiles

845 Arbeiten einfacher und sicherer zu machen.

- 846 • Stärkung der Arbeitnehmer\*innen-Rechte im Bereich der digitalen  
847 Plattformökonomie.
- 848 • Wir wollen den Schutz von migrantischen Arbeitnehmer\*innen verbessern  
849 durch bessere Kontroll- und Unterstützungsstrukturen.
- 850 • Wir wollen den Zugang zum Arbeitsmarkt für Fachkräfte aus dem Ausland  
851 vereinfachen, indem wir die Anerkennung von Qualifikationen vereinfachen  
852 und Unternehmen bei der Einstellung von Fachkräften unterstützen.
- 853 • Wir wollen die Frauenerwerbsquote weiter erhöhen.
- 854 • Wir fordern eine Bundesinitiative für die bessere Bezahlung von Care-  
855 Arbeit pflegender Angehöriger.
- 856 • Wir setzen uns für eine „flexible Vollzeit“ ein, mit der Beschäftigte ihre  
857 Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen  
858 können, je nachdem, was die Lebensumstände gerade erfordern.

859 Unsere Arbeitswelt befindet sich in einem **starken Wandel**, ob durch den Umbau zu  
860 einer klimaneutralen Wirtschaft oder durch digitalisierte und automatisierte  
861 Arbeitsprozesse sowie den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Robotik. Wir  
862 wollen diesen Wandel nutzen und Chancen für Auszubildende und Arbeitnehmer\*innen  
863 in Bremen und Bremerhaven schaffen.

864  
865 Wir gewährleisten, dass Arbeitnehmer\*innen durch die von uns neu geschaffenen  
866 Bedingungen bestmöglich geschützt werden: Schutz vor Ausbeutung durch den  
867 Mindestlohn, faire Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung, moderne  
868 familienfreundliche Arbeitsformen, gerechte Löhne für Frauen und Männer mit  
869 unserer Entgeltgleichheitsstrategie, mehr Frauen in Führung und mehr “doppelte  
870 Führung“, all das macht das Land Bremen zu einem attraktiven Standort mit guten  
871 und sicheren Arbeitsbedingungen.

### 872 873 **Transformationslotsen für bessere Qualifizierung**

874 Ein Schlüsselfaktor für einen erfolgreichen Wandel ist die Qualifizierung. Im  
875 Rahmen der digitalen Transformation werden manche Tätigkeiten entwertet, während  
876 parallel eine große Nachfrage nach Fachkräften mit sogenannten Future Skills  
877 entsteht. Um die **Qualifizierungen** bestmöglich zu gewährleisten, werden wir die  
878 Übertragbarkeit des niedersächsischen Projektes "Transformationslotsen" prüfen.  
879 In dem bundesweit einzigartigen Projekt beraten die Bildungswerke der

880 niedersächsischen Sozialpartner und die Bundesagentur für Arbeit gemeinsam die  
881 Unternehmen mit praxisbezogenen Maßnahmen. Das übergeordnete Ziel ist die  
882 Befähigung zur Selbstbefähigung. Mit maßgeschneiderten Lösungen werden  
883 Beschäftigte zu Transformationslots\*innen qualifiziert.

#### 884 **Reform des Arbeitsschutzgesetzes und Arbeitszeitgesetzes für mobiles Arbeiten**

886 Viele Arbeitnehmer\*innen nutzten während der Pandemie **mobiles Arbeiten** und  
887 wollen auch weiterhin flexibel in ihrer Arbeitsgestaltung bleiben. Wir wollen  
888 daher unter Berücksichtigung des Arbeitnehmer\*innenschutzes diese Modelle weiter  
889 fördern und die Strukturen hierfür ausbauen. Um die flexiblere Gestaltung von  
890 Arbeit rechtlich abzusichern und zugleich Arbeitsschutz auch unter den  
891 veränderten Rahmenbedingungen zu gewährleisten, setzen wir uns für die **Reform**  
892 **des Arbeitsschutzgesetz und des Arbeitszeitgesetz** ein. Wir wollen, dass  
893 Rahmenbedingungen wie Arbeitsplatzausstattung, Gestaltung von Arbeitszeiten und  
894 die Organisation und Erreichbarkeit von Arbeitnehmer\*innenvertretungen  
895 verbindlich geregelt sind. Für uns muss der Grundsatz gelten: Überall dort, wo  
896 es möglich ist, auch möglich machen, freiwillig und unbürokratisch.

#### 897 **Besserer Arbeitnehmer\*innen-Schutz in der Plattformökonomie**

898 Digitale Arbeitsplattformen bieten den Menschen niedrighschwellige und flexible  
899 Möglichkeiten, ein Einkommen zu erzielen. Allerdings sind allzu oft  
900 intransparente Nutzungsbedingungen, mangelhafte Kommunikation seitens der  
901 Plattformbetreiber, unregelmäßige oder geringe Bezahlung, eine ungewisse  
902 Auftragslage, massiver Zeitdruck und unvorhersehbare Veränderungen der  
903 Arbeitskonditionen die Kehrseite dieser neuen Arbeitswelt - es gibt eine große  
904 Machtungleichheit. Wir unterstützen daher die Anstrengungen des europäischen  
905 Gesetzgebers, hier mit entsprechenden Regulierungen einzugreifen. Wir setzen uns  
906 dafür ein, prekäre Verhältnisse und Scheinselbstständigkeit zurückzudrängen, damit  
907 Arbeitnehmer\*innen in den Genuss aller Rechte kommen, die ihnen der  
908 Arbeitnehmer\*innenstatus garantiert.

#### 909 **Ausbeuterische Arbeitsbedingungen in der Pflege beenden**

910 Wir bekämpfen ausbeuterische und prekäre Arbeitsbedingungen.  
911 Außerdem werden wir den Arbeitsschutz weiter verbessern und die Einhaltung von  
912 Mindestlöhnen kontrollieren. Wir werden die entsprechenden Beratungs-,  
913 **Unterstützung- und Kontrollstrukturen stärken**, insbesondere um Erwerbstätige aus  
914 der EU und aus Drittstaaten transparent über ihre Rechte als Arbeitnehmer\*innen  
915 oder Selbstständige zu informieren. Unser Ziel ist es, faire Bedingungen für  
916 Zugewanderte aus allen europäischen Ländern zu schaffen. Dafür müssen sie ihre  
917 Rechte kennen und durchsetzen können. Besonders werden wir die Situation von  
918 migrantischen Frauen in der häuslichen 24h-Pflege in den Blick nehmen.

### 919 **Besserer Zugang zum Arbeitsmarkt für ausländische Fachkräfte**

920 Unser Arbeitsmarkt ist auf den Zuzug von **Fachkräften aus aller Welt**, auf ihre  
921 Innovationskraft und ihre Impulse angewiesen. Wir wollen einen Arbeitsmarkt  
922 schaffen, der interessierten Fachkräften einen schnellen und fairen Zugang  
923 bietet. Hierfür schaffen wir schnelle (Quer-)Einstiege und werden den  
924 notwendigen Service wie eine schnelle **Anerkennungsberatung** verbessern. Um den  
925 Start in Bremen zu erleichtern, bieten wir bei Bedarf berufsintegrierte Sprach-  
926 und Bildungsangebote unabhängig vom Aufenthaltsstatus sowie den Erwerb von  
927 zusätzlichen Fachkompetenzen. Wer nach Bremen oder Bremerhaven kommt, soll die  
928 eigenen **Qualifikationen** schnell und gut nutzen können. Für Betriebe, deren  
929 Mitarbeiter\*innen einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben, werden  
930 wir auch zukünftig ein Unterstützungsangebot sicherstellen.

### 931 **Frauenerwerbsquote erhöhen**

932 Im Land Bremen ist die Frauenerwerbsquote viel zu gering. Das Lohngefälle  
933 zwischen Frauen und Männern ist in Bremen mit rund 26 Prozent  
934 überdurchschnittlich hoch. Auch die Armutsquoten bei Alleinerziehenden und alten  
935 Frauen sind im Land Bremen höher als in anderen Regionen. Unser Ziel bleibt die  
936 **eigenständige Existenzsicherung von Frauen**. Wir arbeiten daher weiter daran, den  
937 bremischen Arbeitsmarkt für Frauen und nicht-binäre Personen noch besser zu  
938 öffnen, kämpfen für die gleiche Bezahlung aller Geschlechter, unterstützen  
939 tarifliche Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen, unterstützen  
940 die Eindämmung der Minijobs, fördern familiengerechte Arbeitszeitmodelle und  
941 intensivieren den bedarfsgerechten Ausbau einer flexiblen und verlässlichen  
942 Kinderbetreuung.

### 943 **Frauenquote von 50 Prozent in Aufsichtsräten, Vorständen und Unternehmen von 944 Landesbeteiligungen**

945 Bestens qualifiziert, schlecht beschäftigt: So können auch heute noch viele  
946 Arbeitsverhältnisse von Frauen beschrieben werden. In Führungsverantwortung und  
947 Vorstandsetagen sind sie weitgehend unterrepräsentiert. Wir stehen daher  
948 weiterhin zur **Frauenquote von 50 Prozent** in Aufsichtsräten, Vorständen und  
949 Unternehmen mit Landesbeteiligung.

### 951 **Care-Arbeit fair bezahlen**

952 Die Pandemie lehrte uns, dass vor allem Frauen systemrelevant, aber schlecht  
953 bezahlt arbeiten. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen  
954 endlich auch soziale und pflegerische Arbeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und  
955 Sich-Kümmerns (**Care-Arbeit**) fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.  
956 Wir fordern eine Bundesinitiative für eine bessere finanzielle und fachliche  
957 Unterstützung pflegender Angehöriger.

### 958 **Entgeltgleichheitsgesetz**

959 Bezahlung und Aufstiegschancen dürfen nicht vom Geschlecht abhängig sein. Schon  
960 seit Jahrzehnten setzen wir Grüne uns für **Lohngerechtigkeit** ein. Gleiche  
961 Bezahlung für gleichwertige Arbeit sowie gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt  
962 sind weiterhin unser Ziel. Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz auf  
963 Bundesebene mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem  
964 Verbandsklagerecht. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft  
965 sollen Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen  
966 verpflichtet werden.

### 967 **Flexiblere Arbeitszeitsysteme und „Flexible Vollzeit“**

968 Familie, Freunde, Ehrenamt oder Hobby wollen mit Arbeit vereinbart werden. Wir  
969 wollen daher mehr flexiblere Arbeitszeitsysteme und mehr Ausbildungs- und  
970 Weiterbildungsmöglichkeiten in Teilzeit ermöglichen. Mit der Einführung von  
971 Wahlarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Wochenstunden soll Vollzeit neu definiert  
972 und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor umgestaltet werden. Wir setzen uns  
973 für diese **„flexible Vollzeit“** ein, mit der Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis  
974 zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen können, je nachdem, was die  
975 Lebensumstände gerade erfordern.

### 976 **Inklusiver, fairer und offener Arbeitsmarkt für alle**

977 Mit unseren Beschäftigungsprogrammen schaffen wir Chancen für diejenigen, die es  
978 schwerer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Menschen ohne Schul- oder  
979 Berufsabschluss sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir wollen daher  
980 Weiterbildungen mit einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf  
981 gezielter fördern. Zentral ist hierbei, dass Arbeitssuchende bei einer Teilnahme  
982 an Weiterbildungsmaßnahmen finanziell bessergestellt werden und die Mehrkosten  
983 nicht selber tragen müssen.

### 984 **Stärkung eines sozialen Arbeitsmarkts**

985 Es gibt aber auch Menschen, die absehbar keine Chance auf dem allgemeinen  
986 Arbeitsmarkt haben. Die **Stärkung eines sozialen Arbeitsmarkts** ist daher  
987 unerlässlich. Die Bremer Beschäftigungsträger zeigen in eindrucksvoller Weise,  
988 wie wertvoll die Arbeit hier sein kann. Mit ihnen als Partner\*innen werden wir  
989 unsere arbeitsmarktpolitischen Landesprogramme ausbauen.

### 990 **Bildung für Morgen**

#### 991 **Bildungsgerechtigkeit**

992 Noch immer hängt Bildungserfolg stark vom Elternhaus und dem Wohnort ab.  
993 Frühkindliche Bildung, der Ausbau der Ganztagschule sowie die Förderung von  
994 Sprachkompetenz und Mehrsprachigkeit sind die Schlüssel für mehr

995 Bildungsgerechtigkeit. Alle Kinder, unabhängig von ihrem Elternhaus, Herkunft  
996 oder Wohnort sollten im Leben die gleichen Startchancen bekommen.

997

## 998 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

999 Wir wollen kommende Generationen fit machen, um die Herausforderungen der  
1000 Zukunft meistern zu können. Kooperation, kritisches Denken, Kommunikation und  
1001 Kreativität sind die Kernkompetenzen, um Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel  
1002 und globale Ungerechtigkeit zu entwickeln.

## 1003 **Verbesserung der Unterrichtsqualität an allen Bremer Schulen**

1004 Wir unterstützen jede einzelne Schule dabei, besser zu werden. Dafür braucht es  
1005 eine kontinuierliche Schulentwicklung, mehr Entscheidungsfreiheiten für jede  
1006 Schule und eine Stärkung der Schulleitungen.

1007

### 1008 **Inklusion**

1009 Bremen nimmt bei der Inklusion in Kindertagesbetreuung und Schule eine  
1010 Spitzenposition ein. Dennoch muss die Qualität des inklusiven Unterrichts, die  
1011 Personalausstattung in den Schulen, sowie die Erzieher\*innen und Lehrkräfteaus-  
1012 und -fortbildung weiter verbessert werden.

## 1013 **Ausbildungen attraktiver machen**

1014 Wir wollen mehr junge Menschen für Ausbildungen gewinnen. Mit flexiblen  
1015 Ausbildungsmodellen, einem Azubi-Ticket, attraktiven Berufsschulen und besserer  
1016 Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen unterstützen wir Azubis,  
1017 Betriebe und Berufsschulen.

## 1018 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 1019 • Wir haben erreicht, dass alle Kinder mit Sprachförderbedarf, vor der  
1020 Einschulung eine Kindertagesbetreuung oder spezielle Sprachförderkurse  
1021 besuchen können.
- 1022 • Wir haben die vorschulische Sprachförderung im Deutschen vorangebracht und  
1023 wollen diesen Weg weitergehen.
- 1024 • Im Rahmen der beschlossenen Ausbildungsumlage haben wir einen  
1025 Maßnahmenkatalog auf den Weg gebracht, der die Ausbildungssituation junger  
1026 Menschen in Bremen und Bremerhaven verbessern wird. Notwendig ist jetzt

1027 eine kontinuierliche begleitende Überprüfung der Wirksamkeit und, wo  
1028 nötig, eine schnelle Anpassung an neue Bedarfe.

1029 • Durch unseren beharrlichen Druck in der Koalition wurde 2022 endlich das  
1030 Institut für Qualitätsentwicklung (IQHB) eingerichtet – ein Meilenstein  
1031 bremischer Bildungspolitik.

1032 • Wir haben erreichen können, dass Schulkonferenzen jetzt nach  
1033 Drittelparität besetzt sind und Schüler\*innen mehr Mitbestimmungsrechte  
1034 haben.

1035 • Durch die Corona-Pandemie hat die digitale Ausstattung von Schulen einen  
1036 Schub bekommen. Wir sind stolz darauf, dass wir als Teil der Regierung  
1037 allen Schüler\*innen unabhängig vom Elternhaus zügig digitale Teilhabe  
1038 ermöglichen konnten.

1039 • Viele junge Menschen erleben in Schulen Diskriminierung. Deshalb haben wir  
1040 als Landesregierung Antidiskriminierungsberatungen an den ReBUZen  
1041 eingeführt. Wir wollen ihre Arbeit evaluieren, die gewonnenen Erkenntnisse  
1042 nutzen und die Beratungsstellen bei Bedarf ausbauen.

1043 • Wir haben dazu beigetragen, dass in der Universität und im Referendariat  
1044 mehr Lehrkräfte neu ausgebildet werden. Diesen Weg gehen wir weiter.

1045 • Bremen hat in den letzten Jahren deutlich mehr in den Schul- und  
1046 Kindergartenbau investiert. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen und  
1047 die Planungen weiter verbessern, um benötigte Kapazitäten frühzeitig  
1048 bereitzustellen. Der Ausbau von Schulen und Kitas soll künftig auf Basis  
1049 von Bedarfsstatistiken stärker aufeinander abgestimmt werden. Alle KiTa-  
1050 und Schulneubauten werden grundsätzlich nach neuen energetischen  
1051 Baustandards errichtet.

1052 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

1053 • Ausbau der Kindertagesbetreuung beschleunigen und Angebot sowie  
1054 Betreuungszeiten erweitern.

1055 • Qualitätsentwicklung in Kitas durch verbindliche Standards.

1056 • Verpflichtender KiTa-Besuch vor dem ersten Schuljahr.

- 1057 • Gezielte Sprachförderung bereits in der KiTa sowie Förderung von  
1058 Mehrsprachigkeit.
  
- 1059 • Inklusionsangebote in KiTas.
  
- 1060 • Wir wollen die Arbeitsbedingungen von Lehrer\*innen, Erzieher\*innen,  
1061 Betreuer\*innen und Mitarbeiter\*innen in der Leitungsebene verbessern und  
1062 so ausfallenden Schulstunden und überfüllten Gruppen entgegenwirken. Wir  
1063 verbessern die Arbeitsbedingungen und fördern den Quereinstieg.
  
- 1064 • Wir wollen Qualitätsentwicklung in Schulen durch verbindliche Standards.
  
- 1065 • Wir wollen verbindliche und kontinuierliche Schulentwicklung für jede  
1066 einzelne Schule.
  
- 1067 • Wir schaffen Verbindlichkeit: jede begonnene Maßnahme wird zu einem  
1068 festgelegten Zeitpunkt evaluiert und entsprechend wird die Maßnahme  
1069 angepasst, gestoppt oder ausgeweitet.
  
- 1070 • Digitale Vermittlungsmethoden im Unterricht pädagogisch weiterentwickeln  
1071 und  
1072 digitale Bildung fördern.
  
- 1073 • Wir wollen Schulen beim **Ausbau** zum gebundenen und offenen Ganzttag  
1074 unterstützen.
  
- 1075 • Wir wollen das gesellschaftliche Ansehen von Berufsschulen weiter stärken,  
1076 sodass sie gleichberechtigt neben allgemeinbildenden Schulen und der  
1077 akademischen Ausbildung durch ein Studium stehen.
  
- 1078 • Wir wollen den inklusiven Zugang zum Arbeitsmarkt durch theoriereduzierte  
1079 Ausbildungskonzepte an Berufsschulen verbessern.

#### 1080 **Mit frühkindlicher Bildung die Basis für erfolgreiche Bildung legen**

1081 Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für gutes Aufwachsen und eine  
1082 erfolgreiche Bildung. Sie gibt Kindern Raum, Kind zu sein, sich auszuprobieren,  
1083 zu toben, zu lachen und sich gesund zu entwickeln. Gleichzeitig bietet sie den  
1084 Kindern spielerisch vielfältige Lerngelegenheiten, sodass die Förderung der  
1085 deutschen Sprache und Mehrsprachigkeit, das Interesse an naturwissenschaftlichen  
1086 Themen, soziales Lernen und Gleichberechtigung ohne dass die Kinder durch

1087 geschlechtliche, sozial-ökonomische oder rassistische Zuschreibungen in ihrer  
1088 Entwicklung gehemmt werden. Die Möglichkeit für jedes Kind im Land Bremen, einen  
1089 passenden und wohnortnahen KiTa-Platz zu bekommen, ist deshalb von enormer  
1090 Bedeutung. Dafür braucht es weiterhin KiTa-Neubau und enorme Anstrengungen in  
1091 der Ausbildung und Gewinnung von Erzieher\*innen.

1092  
1093 Gute Kitas helfen jedem einzelnen Kind und sind gleichzeitig eine essentielle  
1094 Stellschraube, um Bildungsgerechtigkeit voranzubringen. Aus den Grundschulen und  
1095 wissenschaftlichen Studien wissen wir, dass Kinder in der 1. Klasse bereits mit  
1096 sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ankommen – der frühkindlichen Förderung  
1097 verschiedenster Kompetenzen und Sprachfähigkeiten kommt deshalb eine enorm  
1098 wichtige Funktion zu. Gute Kitas helfen den Kindern, den Familien und den  
1099 Beschäftigten heute und sind gleichzeitig eine wertvolle Investition in die  
1100 Zukunft unserer Gesellschaft.

#### 1101 **Verbindliche Standards für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung**

1102 Wir wollen die Qualität in der frühkindlichen Bildung verbessern, denn Kitas  
1103 sollen nicht nur Verwahrorte für Kinder sein. Dazu sollen **verbindliche Standards**  
1104 zur Ausgestaltung des Bildungsplans für Kinder von bis zu 10 Jahren etabliert  
1105 und Teil der Zuwendungsverträge zwischen Kommune und Trägern werden.

1106

#### 1107 **Sprachförderung und Förderung von Mehrsprachigkeit**

1108 Grundbedingung für erfolgreiche Bildung und eine aktive Rolle in der  
1109 Gesellschaft ist der Aufbau von Sprachkompetenzen. Deswegen wollen wir  
1110 Sprachbildung und **Sprachförderung** gerade am Anfang des Bildungswegs weiter  
1111 verbessern, die Förderung von **Mehrsprachigkeit** als selbstverständlichen Teil  
1112 davon etablieren und noch mehr Kinder mit den vorhandenen Angeboten erreichen.

1113

#### 1114 **Übergang Kita – Grundschule**

1115 Die Bildungsangebote in **Kitas und Grundschulen** müssen noch besser verzahnt  
1116 werden, sodass beim **Übergang** Brüche in der Entwicklung vermieden werden. Die in  
1117 Bremerhaven bereits bestehende Verbundstruktur zwischen Kitas und Grundschulen  
1118 wollen wir auch für die Stadtgemeinde Bremen flächendeckend umsetzen.

1119

#### 1120 **Inklusion in Kitas weiter voranbringen**

1121 Bei immer mehr Kindern wird ein Förderbedarf diagnostiziert. Deshalb müssen wir  
1122 mehr gutes Personal ausbilden und einstellen. Wir wollen außerdem die Qualität  
1123 der Inklusion in Kitas weiterentwickeln und parallel zum "Entwicklungsplan  
1124 Inklusion" für Schulen eine **verbindliche Grundlage für die Umsetzung der**  
1125 **Inklusion in den Kitas schaffen.**

1126 In Kitas soll es, wie in allen Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten,  
1127 Präventionsarbeit im Themenbereich körperlicher, psychischer und insbesondere  
1128 sexualisierter Gewalt geben und diese auch in die Eltern- und Familienbildung

1129 einfließen.

1130

### 1131 **Gerechte Bildung – Verpflichtendes Kita Jahr vor der Einschulung**

1132 Kinder, die keine KiTa besucht haben, haben häufig Schwierigkeiten im sozialen  
1133 Umgang mit anderen Kindern, in großen Gruppen und mit Deutschkenntnissen. Um für  
1134 mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, soll deshalb **das letzte Jahr vor der**  
1135 **Einschulung für alle Kinder verpflichtend** werden. Dazu sollen die entsprechenden  
1136 Kapazitäten geschaffen werden.

1137

### 1138 **Familienbildung und Elternarbeit**

1139 Einen Großteil der Zeit verbringen Kinder weiterhin zu Hause. Wir wollen, dass  
1140 im Laufe der Kindergartenzeit die Eltern an jeder KiTa pädagogische Angebote und  
1141 Unterstützung bekommen zu Themen wie Gesundheit, Sexualität, Mediennutzung,  
1142 Gewaltprävention und Diversität. Dazu soll es einen festen Pool an  
1143 **Sprachmittler\*innen** und, wo möglich, auch **mehrsprachige Angebote** geben. Darüber  
1144 hinaus wollen wir Programme wie „Mama lernt Deutsch“ zur Förderung der  
1145 Deutschkenntnisse von Eltern fortführen und damit noch mehr Eltern erreichen.

### 1146 **Kita Ausbau**

1147 Der **KiTa-Ausbau** ist in den vergangenen Jahren zu langsam vorangekommen. Wir  
1148 müssen den Ausbau an den höchsten Bedarfsprognosen ausrichten, Planung und  
1149 Durchführung beschleunigen und die Ausbildung von Fachkräften noch stärker  
1150 vorantreiben. Unser Ziel ist eine Komplettversorgung der Über-Dreijährigen und  
1151 eine Versorgungsquote von 65 Prozent der Unter-Dreijährigen in jedem Stadtteil  
1152 in Bremen und Bremerhaven.

1153

1154 Für die Übergangsphase bis zur Vollversorgung muss allen Kindern im  
1155 Elementaralter von 3 bis 6 Jahren, die keinen KiTa-Platz haben, mindestens ein  
1156 niedrigschwelliges Angebot frühkindlicher Bildung gemacht werden. Die Stärkung  
1157 und Förderung der Tagespflege für Kinder im Kindergartenalter ist eine gute  
1158 Möglichkeit, bis wir allen Kindern einen KiTa-Platz anbieten können.  
1159 Niedrigschwellige Angebote können aber auch Spielkreisangebote oder betreute  
1160 Spielplätze sein.

1161

### 1162 **Betreuungszeiten ausbauen**

1163 Um allen Elternteilen Arbeit zu ermöglichen, wollen wir die **Betreuungszeiten**  
1164 **ausweiten**. Alleinerziehende sollen ein Recht auf 8 Stunden Betreuung pro Tag  
1165 haben und wir streben an, dass für alle Kinder ab dem Alter von 9 Monaten ein  
1166 KiTa-Platz verfügbar ist. Mittelfristig wollen wir die starre Anmelde­regelung  
1167 des KiTa-Jahres abschaffen. Stattdessen sollen **unterjährige Anmeldung und**  
1168 **unterjähriger KiTa-Einstieg**, orientiert am Lebensalter der Kinder und damit auch  
1169 ans Elterngeld der jeweiligen Familie angepasst, zum Standard werden. Zudem sind  
1170 längere Betreuungszeiten, insbesondere in den Randzeiten, für arbeitende Eltern  
1171 häufig sehr wichtig. Außerdem wollen wir erreichen, dass große Betriebe mehr

1172 Betriebs-KiTas einrichten.

### 1173 **Fachkräfteausbildung**

1174 Aktuell sind viele Fachkräfte in bremischen KiTas aufgrund des Fachkräftemangels  
1175 einer enormen Belastung ausgesetzt. Deswegen wollen wir noch stärker  
1176 **Fachkräfteausbilden**, gewinnen **und im Beruf halten**. Wir wollen die  
1177 Erzieher\*innenausbildung attraktiver machen und die Möglichkeiten der Vergütung  
1178 während der Ausbildung ausweiten.

1179  
1180 Wir wollen möglichst viele Menschen für eine Erzieher\*innenausbildung gewinnen  
1181 und fördern deshalb weiterhin ein nachfrageorientiertes, vielfältiges Angebot an  
1182 Orten und Einrichtungen für die Erzieher\*innenausbildung. In diesem Zuge wollen  
1183 wir prüfen, auch an nichtstaatlichen Schulen das Schulgeld für die  
1184 Erzieher\*innenausbildung zu erlassen.

1185  
1186 Gleichzeitig suchen wir nach Möglichkeiten, die Bezahlung von Erzieher\*innen zu  
1187 verbessern, um bereits erfahrene Erzieher\*innen im Beruf zu halten. Dafür wollen  
1188 wir die **Arbeitsbedingungen** durch flächendeckende Supervision **verbessern** und  
1189 psychologische Unterstützung von Fachkräften für die traumapädagogische  
1190 Unterstützung bei der Arbeit mit geflüchteten Kindern mit Kriegserfahrungen  
1191 ermöglichen.

1192 Neben einem allgemeinen Fachkräftemangel an KiTas besteht besonderer Bedarf auch  
1193 an gut ausgebildeten Leitungen. Wir wollen im Gespräch mit den Hochschulen,  
1194 Erzieher\*innenschulen und KiTas im Land Bremen gute Ausbildungswege für  
1195 Leitungskräfte schaffen und stärken.

1196  
1197 Wir wollen Diversity, Intersektionalität und Antidiskriminierung als  
1198 verpflichtendes Modul in der Erzieher\*innenausbildung sowie in  
1199 Fortbildungsangeboten verankern und auch einen verstärkten Fokus auf inklusive  
1200 Pädagogik und alltagsintegrierte Sprachförderung und Spracherwerb etablieren.

### 1201 **Durch kontinuierliche Entwicklung Schulen weiterentwickeln**

1202 Kinder und Jugendliche lernen in Schulen lesen und schreiben, schließen  
1203 Freundschaften, lernen demokratische Prozesse und kulturelle Angebote kennen.  
1204 Die vielen engagierten Pädagog\*innen im Land Bremen leisten Beeindruckendes und  
1205 begleiten junge Menschen in ihrer Entwicklung. In Schulen bereiten sich Kinder  
1206 und Jugendliche auf unser vielfältiges gesellschaftliches und wirtschaftliches  
1207 Leben vor. Schüler\*innen von heute werden in Zukunft die globalen  
1208 Herausforderungen und Krisen bewältigen müssen – von der Klimakrise über das  
1209 Artensterben, soziale Spaltung hin zu internationalen Kriegen, Konflikten und  
1210 Krisen.

1211 Um junge Menschen gut auf diese Zukunft vorzubereiten, müssen wir **Methoden und**  
1212 **Inhalte der Schulbildung weiterentwickeln**. Dabei gilt es, durch klare Ziele und  
1213 kontinuierliche, verlässliche und gut begleitete Prozesse Halt und Sicherheit zu  
1214 geben in den notwendigen Veränderungen unserer Bildungslandschaft. Im Bundesland  
1215 Bremen erleben wir soziale Ungleichheit und eklatante Bildungsungerechtigkeit.  
1216 Viel zu viele Schüler\*innen erreichen Mindeststandards in Deutsch und Mathe  
1217 nicht und werden so in ihren Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe  
1218 massiv behindert. Viel zu viele Schüler\*innen verlassen die Schule ohne einen  
1219 Schulabschluss und haben dadurch schlechte Chancen auf eine gesicherte  
1220 Arbeitsstelle und einen Lebensunterhalt aus eigener Kraft. Wir wollen diese  
1221 Probleme klar benennen und mit neuen Ideen Verbesserungen in der bremischen  
1222 Bildungspolitik erreichen.

1223  
1224 **Zahl der Schulentwicklungsberater\*innen erhöhen**  
1225 Wir wollen die Zahl der Schulentwicklungsberater\*innen erhöhen und die  
1226 Begleitung der Schulen durch eine Vermittlungsstelle systematisch verbessern.  
1227 Diese Berater\*innen begleiten an jeder Schule im Land Bremen die Kolleg\*innen  
1228 dabei, die Qualität ihrer Schule zu verbessern, und können jenseits der  
1229 administrativen Kontrolle Schulentwicklungsprozesse partizipativer,  
1230 zielgerichteter und erfolgreicher gestalten. Jede Schule ist dazu verpflichtet,  
1231 einen solchen Prozess zu beginnen. Über Inhalte und Schwerpunkte entscheiden die  
1232 Schulen selber im Rahmen des Bremer Schulgesetzes. Schulen sollen so durch  
1233 Moderation, Beobachtung und Vernetzung entlastet werden. Dabei legen wir einen  
1234 großen Fokus auf die Begleitung jeder einzelnen Schule, um den jeweiligen  
1235 Besonderheiten gerecht zu werden.

1236  
1237 Dafür wollen wir Schulentwicklungsberater\*innen, die an jeder Schule im Land  
1238 Bremen die Kolleg\*innen dabei begleiten, die Qualität ihrer Schule zu  
1239 verbessern. Jede Schule ist dazu verpflichtet, einen solchen Prozess zu  
1240 beginnen. Über Inhalte und Schwerpunkte entscheiden die Schulen selber im Rahmen  
1241 des Bremer Schulgesetzes. Die Schulentwicklungsberater\*innen arbeiten auf  
1242 Grundlage der neuesten Ergebnisse der Bildungsforschung.

1243  
1244  
1245 **Bildung für das 21. Jahrhundert – von heute für morgen!**

1246  
1247 **Schulen mehr Freiheit geben**  
1248 Wir wollen **Schulen** einen großen und freien **Rahmen für ihre Entwicklung geben**.  
1249 Inklusion, Demokratiepädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind  
1250 einige der großen Leitlinien, die dabei Orientierung bieten. Darüber hinaus  
1251 bieten reformierten Pädagogik, die Mischung von Jahrgängen, Projektunterricht,  
1252 alternative Leistungsbewertungen und Selbstorganisation von Schüler\*innen im  
1253 Klassenrat große Potenziale. Wir wollen **jeder einzelnen Schule ihren eigenen Weg**  
1254 für ihre Weiterentwicklung ermöglichen. Welche Schritte zuerst gegangen werden  
1255

1256 und welche Schwerpunkte gesetzt werden, sollen Schulen selbst entscheiden  
1257 können.

### 1257 **Mehrsprachigkeit fördern**

1258 Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen im Land Bremen wächst mittlerweile  
1259 mehrsprachig auf. **Mehrsprachigkeit ist** für diese Schüler\*innen **der Normalfall**.  
1260 Wir wollen die sprachliche Vielfalt anerkennen und nicht-europäische Sprachen  
1261 höher bewerten. Dafür erweitern wir die Mehrsprachigkeitsförderung und  
1262 ermöglichen **Sprachenunterricht in** mehr **Herkunftssprachen**, im Rahmen des  
1263 **regulären Stundenplans**. Auch für Abschlüsse sollen mehr Sprachen wählbar werden,  
1264 damit die Schüler\*innen ihre Potenziale ausschöpfen können. Durch gute Fort- und  
1265 Weiterbildung versuchen wir, **durchgängige Sprachbildung** in mehr  
1266 Unterrichtsfächern möglich zu machen.

### 1267 **Gute Chancen für geflüchtete Kinder und Jugendliche**

1268 **Zugewanderte oder geflüchtete Kinder und Jugendliche** haben häufig besondere  
1269 Bedürfnisse. Wir wollen ihnen die **besten Chancen bieten** und setzen uns dafür  
1270 ein, Vorkurse gut auszustatten und eine sozial- und traumapädagogische  
1271 Begleitung sicherzustellen. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen so  
1272 schnell wie möglich das Lernen in Regelklassen zu ermöglichen.

1273  
1274 Dafür ist es wichtig, den Sprachstand von geflüchteten Kindern und Jugendlichen  
1275 zu erfassen und ihnen langfristig passgenaue sprachliche Förderung zukommen zu  
1276 lassen. Gleichzeitig brauchen wir deutlich mehr Sprachmittler\*innen, die auch  
1277 bei Elternabenden, Post aus der Schule oder Elterngesprächen unterstützen  
1278 können. Flächendeckende traumapädagogische Expertise in den Schulen hilft  
1279 darüber hinaus, die Schüler\*innen gut zu begleiten. Wir wollen ausreichend  
1280 Kapazitäten für Vorkurse bereithalten, um auch kurzfristig auf starke  
1281 Fluchtbewegungen gut vorbereitet zu sein.

### 1282 **Qualitätsverbesserung der Inklusion**

1283 Bremen nimmt eine Spitzenposition bei der Inklusion ein – im Kindergartenbereich  
1284 ebenso wie in der Schule. Dennoch müssen die Qualität des inklusiven  
1285 Unterrichts, die Personalausstattung in den Schulen sowie die Lehrkräfteaus- und  
1286 -fortbildung verbessert werden. Menschen mit Autismus, ADHS, Legasthenie und  
1287 weiteren Varianten der Neurodiversität erleben häufig Hürden in Schulen. Sie  
1288 sollen leichter Rückzugsräume oder Nachteilsausgleiche bekommen können, ohne  
1289 dass sie ihre Einschränkung öffentlich machen müssen. Die Inklusion von Kindern  
1290 mit Lernschwierigkeiten muss erweitert und die inklusive Beschulung von  
1291 Schüler\*innen, die herausforderndes Verhalten zeigen, konsequent umgesetzt  
1292 werden. Das System der Schulbegleitung muss dafür weiter verbessert werden.

1293 **Intensivpädagogische Angebote ausbauen.**

1294 Wir wollen perspektivisch alle Förderzentren im Land Bremen schließen. Dafür  
1295 wollen wir an den Regelschulen präventiv wirkende Konzepte wie Doppelbesetzung,  
1296 Multifamilienklassen und temporäre Lerngruppen weiter ausbauen und einen mobilen  
1297 Dienst etablieren. Zusätzlich sollen intensivpädagogische Angebote schulextern  
1298 in neu zu etablierenden Bildungsabteilungen an den Regionalen Bildungs- und  
1299 Unterstützungscentren (ReBUZ) ausgebaut werden. So erhalten Schüler\*innen, die  
1300 zeitweise nicht an einer Regelschule beschult werden können, ein Angebot zur  
1301 Stabilisierung.

1302 **Bildung für Nachhaltige Entwicklung**

1303 Vernetzte Lerninhalte und die Einbeziehung vieler Perspektiven sind die  
1304 Grundlagen einer **Bildung für nachhaltige Entwicklung** und machen Schüler\*innen  
1305 fit für die Zukunft. Kooperation, kritisches Denken, Kommunikation und  
1306 Kreativität sind die Schlüsselkompetenzen im Kampf gegen die Klimakrise, soziale  
1307 Spaltung und Armut sowie Lösungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Wir wollen  
1308 Lerninhalte fächerübergreifend verknüpfen und die hohe Identifikation und  
1309 Motivation vieler Schüler\*innen mit diesen Zielen nutzen, um sie so zu den  
1310 Höchstleistungen zu befähigen, die sie in Zukunft brauchen werden.

1311 **Gesundheitsbildung**

1312 Für Schüler\*innen spielen Bewegung und Sport in der Schule eine wichtige Rolle  
1313 für ihre gesunde Entwicklung. Durch Netzwerke und Zusammenarbeit mit Ärzt\*innen,  
1314 Krankenkassen und Sportvereinen wollen wir die gesundheitliche Grundbildung im  
1315 Sinne der Prävention von Krankheiten stärken. Wir brauchen weiterhin die  
1316 **Sicherstellung der dritten Sportstunde**. Die Ausbildung der zukünftigen  
1317 Sportlehrkräfte an der Universität Bremen werden wir strukturell und finanziell  
1318 absichern.

1319 **Kulturelle Bildung**

1320 Durch gute **kulturelle Bildung** wollen wir allen Kindern und Jugendlichen  
1321 ermöglichen, kulturelle Institutionen wie Theater kennenzulernen und für sich zu  
1322 entdecken. Die Schüler\*innen sollen darüber hinaus motiviert werden, auch selbst  
1323 künstlerisch tätig zu werden. Dafür sollen angemessene Räume zur Verfügung  
1324 gestellt werden, um Kunst und Musik zu schaffen und zu präsentieren. Die Öffnung  
1325 von Schulen in den Stadtteil über Kulturhäuser oder die Zusammenarbeit mit  
1326 Musiker\*innen und Künstler\*innen ist dafür eine gute Möglichkeit.

1327 Wir unterstützen, dass die **Errungenschaften von Frauen, queeren Menschen,**  
1328 **Menschen mit Behinderung und Menschen, die Rassismus erfahren, stärker in der**  
1329 **Schule thematisiert** werden. Sie nicht nur im Kontext mit der Unterdrückung, die  
1330 sie erleben, zu Wort kommen zu lassen, ist ein zentraler Teil einer Bildung, die  
1331 Diskriminierung kritisch begegnet und diese abbaut.

1332 **Gebundener Ganztagsunterricht**

1333 Wir wollen Schulen beim **Ausbau** zum gebundenen und offenen Ganzttag unterstützen.  
1334 Mittelfristig soll dieser flächendeckend zum **gebundenen Ganzttag** weiterentwickelt  
1335 werden. Durch das Aufbrechen des starren Stundentakts wird eine kindgerechte  
1336 Rhythmisierung mit vielfältigen Angeboten, gutem, gemeinsamem Essen und  
1337 ausreichend Pausen ermöglicht. So kann das Lernen in Projekten und zu selbst  
1338 gesetzten Themen in den Schulen etabliert werden.

1339  
1340 Wir wollen außerdem darauf hinwirken, dass Hausaufgaben nur noch zur Festigung  
1341 erworbenen Wissens und zum Einüben von Abläufen und Kompetenzen genutzt werden,  
1342 sodass Kinder nicht auf die Unterstützung von Eltern oder anderen Personen  
1343 angewiesen sind. Solange Hausaufgaben noch nötig sind, weil Schulen nicht im  
1344 gebundenen Ganzttag arbeiten, wollen wir Angebote zur Hausaufgabenbetreuung in  
1345 der Schule unterstützen.

1346 **Weiterentwicklung digitaler Methoden im Unterricht**

1347 Wir sichern die nachhaltige Finanzierung der Tablets und der digitalen Lern-  
1348 Infrastruktur ab und verbessern die Arbeitsbedingungen durch professionellen  
1349 Support – wie zum Beispiel digitale Hausmeister\*innen –, sodass Updates auf  
1350 Schüler\*innen-tablets nicht mehr durch Lehrkräfte durchgeführt werden müssen.  
1351 Darüber ist es dringend erforderlich, dass wir **analoge und digitale Methoden in**  
1352 **den Schulen** noch **besser aufeinander abstimmen**. Wir wollen analoge Lernformen  
1353 nicht ersetzen, sondern die Verzahnung der verschiedenen Möglichkeiten durch  
1354 gezielte und schulinterne Fort- und Weiterbildung für Lehrer\*innen voranbringen.  
1355 Die Schulen wollen wir **durch zentrale Funktionsstellen** dabei unterstützen,  
1356 digitale Medien didaktisch sinnvoll in den eigenen Unterricht einzubinden.

1357 Die digitalen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, wie Algorithmen,  
1358 Künstliche Intelligenz, Urheberrecht im Netz, Hass und Gewalt in digitalen  
1359 Räumen, Möglichkeiten der Manipulation, Fake News oder der Umgang mit sozialen  
1360 Medien spielen eine große Rolle im Leben von uns allen. Wir wollen junge  
1361 Menschen deshalb in den Schulen gut darauf vorbereiten.

1362 **Mit Medienkompetenz durchs Leben gehen**

1363 Digitalität ist die Herausforderung der Stunde. Ohne Digital- und  
1364 Medienkompetenz ist es heute schwierig, sich ausreichend zu informieren, zu  
1365 beteiligen und wie gewünscht am Leben teilzuhaben. Angesichts immer komplexerer  
1366 Anforderungen unserer Informations- und Mediengesellschaft sind ein kritischer  
1367 und sicherer Umgang mit Medien, die Kenntnis über ihre Mechanismen und das  
1368 Verständnis über ihre Wirkungsweise zu **Schlüsselkompetenzen** geworden. Ein  
1369 verantwortungsvoller Umgang ist angesichts des digitalen Wandels unverzichtbar,  
1370 gerade im Hinblick auf so wichtige Bereiche wie Jugendmedienschutz, Bekämpfung

1371 von Online- und Mediensucht sowie die Rechte von Bürger\*innen und  
1372 Verbraucher\*innen. Wir wollen die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenz  
1373 von der Kita bis ins hohe Alter politisch stärken, ressortübergreifend verankern  
1374 und fördern die **Weiterbildung der Digital- und Medienkompetenzen** auch für  
1375 Privatpersonen.

1376 Für die Planungssicherheit der Träger von Angeboten für Medienkompetenz und  
1377 Medienpädagogik sollen finanzielle Mittel des Bundes und der EU stetig abgerufen  
1378 und vorhandene Förderprogramme noch bekannter gemacht werden.

#### 1379 **Fachkräftemangel bekämpfen, Fachkräfte entlasten, Professionalisierung** 1380 **unterstützen**

1381 Der Fachkräftemangel im Sozial-, Erziehungs- und Bildungsbereich schlägt sich in  
1382 den Schulen im Land Bremen und darüber hinaus nieder. Dieser **Fachkräftemangel**  
1383 kann in den kommenden Jahren nicht aufgelöst werden. Umso wichtiger ist es, den  
1384 Mangel so gut wie möglich einzudämmen.

#### 1385 **Vergütung von Referendar\*innen erhöhen**

1386 Dazu wollen wir die Vergütung im Referendariat erhöhen und **Referendar\*innen, die**  
1387 **sich verpflichten, nach dem Referendariat in Bremen zu bleiben, eine attraktive**  
1388 **Zulage** während des Referendariats zahlen.

#### 1389 **Quereinstieg vereinfachen**

1390 Wir wollen weiterhin den **Zugang für zugewanderte Lehrkräfte und**  
1391 **Quereinsteiger\*innen verbessern**, z.B. über die Öffnung des Schuldienstes für  
1392 Lehrkräfte mit nur einem Unterrichtsfach. Dabei möchten wir wie in Bremerhaven  
1393 auch in Bremen eine qualitativ hochwertige Begleitung mit Mentor\*innen,  
1394 regelmäßigen Fortbildungen und klaren Aussichten zur Erreichung von Abschlüssen  
1395 ermöglichen. So soll außerdem gezielt die **Diversität in Kollegien erhöht werden**.  
1396

#### 1397 **Schulleitungen verstärken**

1398 Wir wollen **Schulleitungen entlasten und stärken**. Dazusoll besonders belasteten  
1399 Schulleitungen mindestens eine weitere Verwaltungskraft und perspektivisch eine  
1400 Verwaltungsleitung zur Seite stellen. Wo sich Schulen für Modelle der geteilten  
1401 Führung entscheiden, wollen wir sie dabei unterstützen, damit die Potenziale  
1402 einer Aufgabenteilung gehoben werden können.

#### 1403 **Lehrkräfte entlasten**

1404 Wir wollen **Lehrkräfte** durch die Kürzung der Unterrichtsverpflichtung in Schulen  
1405 mit hohem Sozialindex **entlasten**. Dadurch ermöglichen wir mehr Zeit für  
1406 Kooperation mit Eltern, Schulentwicklung und professionellen Hilfsangeboten. Zur

1407 Verbesserung der Arbeitsbelastung wollen wir darüber hinaus **Stillarbeits- und**  
1408 **Pausenräume für die Fachkräfte in Schulen** ermöglichen. Durch  
1409 Supervisionsangebote sollen Überlastungen schneller erkannt werden, um die  
1410 psychische Gesundheit der Lehrkräfte zu schützen.

1411  
1412 Ein besonderes Problem, das sich für Schulen in herausfordernden Lagen ergibt,  
1413 ist der **Fachkräftemangel**. Wir wollen in betroffenen Schulen zusätzliche Mittel  
1414 bereitstellen für Funktionsstellen für Schulentwicklung, zusätzliche  
1415 Verwaltungsstellen prüfen und auch die Bewerbung von Lehrkräfteteams  
1416 ermöglichen. Finanzielle und laufbahnbezogene Anreize – auch für Lehrkräfte im  
1417 Quer- und Seiteneinstieg – können diese Bemühungen ergänzen.

#### 1418 **Gewalt und Diskriminierung strukturell bekämpfen!**

1419 Wir wollen die Landesantidiskriminierungsstelle weiter ertüchtigen, sodass sich  
1420 mehr Schüler\*innen und Eltern, die Diskriminierung erleben, an diese wenden  
1421 können. Viele Schüler\*innen begegnen schon früh sexualisierter Gewalt – zu  
1422 Hause, in der Schule oder auch im Netz. Sensibilisierung und Fortbildung von  
1423 Lehrkräften kann betroffenen Schüler\*innen helfen, Unterstützung zu finden. Dazu  
1424 wollen wir alle pädagogischen **Fachkräfte** in Schulen **regelmäßig und verbindlich**  
1425 **zu Themen der Antidiskriminierung fort- und weiterbilden**.

#### 1426 **Bauliche Maßnahmen für mehr Sicherheit**

1427 Toiletten an Schulen sollten so sein, dass sie gerne benutzt werden. Dazu  
1428 gehören Sauberkeit und ein akzeptabler Standard genauso dazu wie ein positives  
1429 Sicherheitsempfinden für alle Geschlechter. Wir werden daher die Schulen bei der  
1430 Modernisierung der Toiletten unterstützen. Dabei werden wir viele  
1431 geschlechtergetrennte Toiletten durch Einzelkabinen ersetzen und es so auch  
1432 trans\* und nicht-binären Schüler\*innen ermöglichen, ohne zusätzliche Angsträume  
1433 und ein ungewolltes Zwangsouting zu leben.

#### 1434 **Sexualkundeunterricht weiter entwickeln**

1435 Wir wollen, dass der **sexualpädagogische Unterricht in hoher Qualität und**  
1436 **queersensibel durch Lehrer\*innen an allen Schulen durchgeführt** wird. Dafür sind  
1437 entsprechende Weiterbildungsprogramme sowie eine Qualitätssicherung durch die  
1438 Bildungsbehörde notwendig. Konsens und Kommunikation über Sex, Rollenbilder und  
1439 ggf. falsche Rollenerwartungen, toxische Männlichkeit sowie individuelle  
1440 Bedürfnisse und Grenzen sollten intensiv behandelt werden. Eine  
1441 Qualitätssicherung durch die Bildungsbehörde muss stets gewährleistet sein.

1442

#### 1443 **Moderne und zukunftsfeste Strukturen im Bildungssystem schaffen**

1444 Wir wollen die Schulen darin unterstützen, Netzwerke zu den KiTas und Schulen in

1445 ihrer Umgebung noch stärker zu pflegen und **Übergänge durch Kooperationen zu**  
1446 **erleichtern**. Die in Bremerhaven bereits bestehende flächendeckende  
1447 Verbundstruktur zwischen KiTas und Grundschulen muss auch für die Stadtgemeinde  
1448 Bremen umgesetzt werden. Wir unterstützen Campus-Kooperationen von verschiedenen  
1449 Schulen, die den Grundstein legen für gemeinsame Bildung über KiTa und  
1450 Grundschule hinaus.

1451 Wir wollen **innovative Entwicklungsprojektestärken und unterstützen**. Zugleich  
1452 wollen wir eine **Schule des längeren gemeinsamen Lernens von Klasse 1-13** als  
1453 Modellschule ermöglichen, um Erfahrungen für die Weiterentwicklung des  
1454 Bildungssystems zu gewinnen. In Skandinavien, Berlin oder NRW führen  
1455 Langformschulen zum Erfolg der inklusiven Weiterentwicklung, weshalb wir auch in  
1456 Bremen eine solche Schule ermöglichen wollen.

1457 Der Schulkonsens hat sich bewährt. Er wird 2028 auslaufen. Wir wollen deshalb  
1458 bereits in der kommenden Legislatur mit den anderen demokratischen Parteien das  
1459 Gespräch suchen und frühzeitig eine anschließende **Weiterentwicklung für den**  
1460 **Schulkonsens** erarbeiten. Anstatt Strukturen festzuschreiben, wollen wir klare  
1461 Ziele für eine moderne Schulentwicklung setzen. Durch verlässliche Begleitung in  
1462 der Entwicklung soll jede Grundschule, jede Oberschule, jedes Gymnasium und jede  
1463 Berufsschule ihren individuellen Weg finden, um zu einer Schule für alle zu  
1464 werden.

#### 1465 **Berufsschulen für Bildungsgerechtigkeit!**

1466 Für unser Ziel, allen Schüler\*innen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen,  
1467 spielt eine Berufsausbildung eine zentrale Rolle. **Berufsbildende Schulen** sind  
1468 dabei schon seit Jahrzehnten dabei, inklusives Arbeiten bestmöglich  
1469 voranzubringen, denn sie arbeiten mit enormen Leistungs- und  
1470 Qualifikationsunterschieden bei den Schüler\*innen. In unterschiedlichsten  
1471 Bildungsgängen können an den verschiedenen Berufsschulen verschiedenste  
1472 Abschlüsse erreicht werden. Häufig ermöglichen Berufsschulen eine zweite Chance  
1473 für junge Menschen, die in den allgemeinbildenden Schulen Schwierigkeiten  
1474 hatten. In den Berufsschulen können durch Erfolg beim Schulabschluss wichtige  
1475 Weichenstellungen für spätere berufliche Möglichkeiten gelegt werden. Wir wollen  
1476 dazu beitragen, das **gesellschaftliche Ansehen von Berufsschulen** weiter zu  
1477 **stärken**, sodass sie **gleichberechtigt neben allgemeinbildenden Schulen und der**  
1478 **akademischen Ausbildung** durch ein Studium stehen.

#### 1480 **Theoriereduzierte Ausbildungen**

1481 Um den inklusiven Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, wollen wir die  
1482 Möglichkeiten der theoriereduzierten Ausbildungen erweitern. Für die  
1483 Attraktivierung von Ausbildungen wollen wir die Berufsschüler\*innen darin

1484 unterstützen, die Möglichkeiten von Erasmus+ noch besser zu nutzen.

#### 1485 **Campus-Perspektiven und Verbände**

1486 Berufsbildende Schulen sind ein bedeutender Standortfaktor für Bremen. Viele der  
1487 Anforderungen an eine gute berufliche Bildung lassen sich in den in die Jahre  
1488 gekommenen Gebäuden und Lernräumen nicht mehr gut umsetzen. Um dem zu begegnen,  
1489 wollen wir die Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen in der Stadt  
1490 Bremen mit den aufgeführten **Campus-Perspektiven konsequent umsetzen und**  
1491 **weiterentwickeln**. So schaffen wir Schulstandorte mit zukunftsfähiger räumlicher  
1492 und technischer Ausstattung, die den didaktischen und inhaltlichen Anforderungen  
1493 von heute und morgen entsprechen. Durch die Bildung von Verbänden sollen  
1494 Synergien zwischen Schulen und Kooperationsmöglichkeiten mit  
1495 Ausbildungsunternehmen ausgebaut werden. Außerdem wollen wir die  
1496 **eigenverantwortliche Steuerung der berufsbildenden Schulen stärken**.

#### 1497 **Historische und politische Bildung**

1498 Wir wollen allen jungen Menschen auch außerhalb der Schule gute historische und  
1499 politische Bildung ermöglichen. Die Landeszentrale für politische Bildung ist  
1500 eine wichtige Partnerin, um viele junge Menschen zu erreichen, das  
1501 Demokratiebewusstsein zu stärken und eine bürgerrechtsbewusste Haltung  
1502 aufzubauen. Wir wollen sie stärken, ihre Arbeit zugänglich für noch mehr  
1503 Jugendliche machen und ihre Arbeit an Schulen und Freizeitzentren  
1504 (Jugendfreizeitzentren) ausweiten.

#### 1505 **Ausbildung: Perspektiven für junge Menschen**

1506 Der Ausbildungsmarkt im Land Bremen ist hochattraktiv, aber auch extrem  
1507 angespannt. Wir stehen vor der paradoxen Situation, dass Unternehmen mangels  
1508 Bewerber\*innen ihre Ausbildungsstellen nicht besetzen können und andererseits  
1509 viele junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden. Wir sind überzeugt: Mit den  
1510 richtigen Maßnahmen finden alle Jugendlichen einen guten Ausbildungsplatz und  
1511 alle Unternehmen jungen engagierten Nachwuchs. Das Land Bremen hat deshalb  
1512 frühzeitig begonnen – mit der Jugendberufsagentur, mit den Ausbildungsverbänden  
1513 und zuletzt mit dem Beschluss zum Ausbildungsfonds – unterstützende Strukturen  
1514 zu schaffen, um die Ausbildungssituation für junge Menschen zu verbessern.

#### 1515 **Berufliche Orientierung und duale Ausbildung stärken**

1516 Eine **intensivere berufliche Orientierung** an den allgemeinbildenden Schulen ist  
1517 notwendig, um mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen. In der  
1518 Berufsorientierung finden Jugendliche Unterstützung bei der Suche nach dem  
1519 richtigen Ausbildungsberuf. Sie muss **an allen Schulformen** stattfinden und die

1520 Schüler\*innen abschluss- und geschlechterunabhängig gleichermaßen ansprechen.  
1521 Unser Ziel ist es, dass Jugendliche ihre Stärken früh erkennen, sich über ihren  
1522 Ausbildungswunsch klar werden und sich rechtzeitig bewerben. Die  
1523 Berufsschullehrkräfte mit ihrer Erfahrung zu Anforderungen und Möglichkeiten in  
1524 den verschiedenen Berufszweigen können hier an den allgemeinbildenden Schulen  
1525 unterstützen. Deshalb wollen wir den Einsatz von Berufsschullehrkräften in der  
1526 beruflichen Orientierung der allgemeinbildenden Schulen prüfen und auch Modelle  
1527 unterstützen, in denen die Schüler\*innen der allgemeinbildenden Schulen im  
1528 Rahmen der beruflichen Orientierung in die Werkstätten der berufsbildenden  
1529 Schulen kommen.

### 1530 **Ausbildung attraktiver machen**

1531 Für junge Menschen muss es attraktiver werden, sich für eine Ausbildung zu  
1532 entscheiden. Mit der Errichtung eines **Azubi-Wohnheims** in der Stadt Bremen und  
1533 dem vergünstigten **Azubiticket** im ÖPNV wollen wir es Auszubildenden ermöglichen,  
1534 sich mit ihrer Ausbildungsvergütung ein selbständiges Leben im Land Bremen zu  
1535 schaffen.

1536  
1537 Wir werden uns im Dialog mit den Kammern und Betrieben für Möglichkeiten wie die  
1538 Vier-Tage-Woche in der Ausbildung, mehr Urlaubstage für unter 18 Jährige,  
1539 Berufsschulferien, in denen Azubis auch wirklich frei haben, Berufsschultage, an  
1540 denen die Azubis nicht danach direkt in den Betrieb müssen, und  
1541 Auslandsaufenthalte einsetzen. Angesichts der unterschiedlichen Lebenslagen von  
1542 Auszubildenden müssen Ausbildungsverhältnisse flexibler werden.

1543  
1544 Möglichst viele **Teilzeitausbildungen** ermöglichen auch jungen Eltern oder  
1545 Personen, die aufgrund von Erkrankungen weniger belastbar sind, einen Abschluss.

1546 Auch nach der Schule stellen wir eine **bedarfsorientierte Sprachförderung** sicher.  
1547 In der Berufsschule werden bildungssprachliche Kompetenzen und eine fundierte  
1548 Allgemeinbildung vorausgesetzt, die von manchen Jugendlichen ohne Hilfe nicht  
1549 noch zusätzlich gelernt werden können. Bisher wird diese Aufgabe mit großem  
1550 Engagement von Ehrenamtlichen übernommen. Eine öffentliche Unterstützung und  
1551 Qualitätsfestlegung ist aber notwendig, um stabile Lernerfolge und einen guten  
1552 Start ins Berufsleben sicherzustellen.

1553 Wir wollen, dass Ausbildungsbetriebe die Sicherheit haben, dass die Azubis, die  
1554 einen ungesicherten **Aufenthaltsstatus** haben, nicht von einer Abschiebung bedroht  
1555 werden. Dafür werden wir uns einsetzen, ebenso wie für eine finanzielle  
1556 Absicherung von Auszubildenden mit unsicherer Bleibeperspektive über das  
1557 Ausbildungsgehalt hinaus.

### 1558 **Mobilität schneller bewegen**

1559 **Klimaneutrale und einfache Mobilität für alle**

1560 Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, klimaneutral unterwegs zu sein: Sei es  
1561 beruflich oder privat, im Zentrum oder am Stadtrand, egal wohin. Dazu wollen wir  
1562 den Takt und die Verbindungen unserer Straßenbahnen und Busse ? sowie die  
1563 Fahrrad-Infrastruktur massiv ausbauen. Mit einem Mobilitätsgesetz wollen wir ein  
1564 tragfähiges Finanzierungsmodell dafür etablieren.

1565 **Mehr Platz für Leben in der Stadt**

1566 Eine klimafreundliche, barrierefreie Stadt mit genügend Platz für Bäume,  
1567 Straßencafés, Bänke und spielende Kinder muss eine Stadt mit deutlich weniger  
1568 Autoverkehr sein. Wir stehen dabei hinter der gemeinsamen Klimaschutzstrategie  
1569 des Parlaments, die vorsieht: Bremen soll bis 2030 ein Drittel weniger  
1570 Autoverkehr haben und bis 2038 sollen sogar zwei Drittel weniger Autos auf den  
1571 Straßen fahren. Das erhöht die Lebensqualität in unseren Städten, stärkt lokale  
1572 Geschäfte und erhöht die Verkehrssicherheit für alle.

1573

1574 **Sicher und angstfrei unterwegs sein**

1575 Mit der "Vision 0" wollen wir die Anzahl der Verkehrstoten im Bundesland Bremen  
1576 auf 0 reduzieren. Wir wollen mehr Tempo 30, Spielstraßen, breitere Rad- und  
1577 Fußwege und sichere Kreuzungen.

1578

1579 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

1580 • Die Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 wird wie beschlossen  
1581 umgesetzt. Wichtige weitere Schritte sind die Verlängerung der  
1582 Straßenbahnlinien von Sebaldsbrück nach Osterholz, vom Weserwehr durch die  
1583 Malerstraße sowie die Querverbindung Ost, die Querverbindung von Horn nach  
1584 Schwachhausen, die Verlängerung der Straßenbahn nach Oslebshausen sowie  
1585 die Erschließung der Überseestadt.

1586 • Wir haben mit der Umsetzung des Radpremium-Netzes sowie fünf neuen  
1587 Fahrradbrücken über die Weser begonnen. Bis 2027 soll dieses Radwegenetz  
1588 fertiggestellt sein. Dazu gehören sichere, breite Fahrradstreifen auf der  
1589 Friedrich-Ebert-Straße und der Wilhelm-Kaisen-Brücke, auf der  
1590 Bürgermeister-Smidt- und der Langemarckstraße und auf dem  
1591 Buntentorsteinweg und der Graf-Molke-Straße – auf bisherigen Autospuren  
1592 oder Parkstreifen. In der Parkallee bauen wir vom Stern bis zur  
1593 Universität eine besonders komfortable Radroute auf den beiden  
1594 stadteinwärts führenden Autospuren. Um den Wallring und die Uniroute zu

1595 verbinden, planen wir eine neue Brücke durch die Wallanlagen, zwischen  
1596 Theaterberg und Meinkenstraße. Die Radwege an den „-heerstraßen“ und  
1597 Landstraßen wollen wir zudem punktuell verbessern. Dazu wollen wir die  
1598 Radwege an der Lindenstraße in Vegesack und der Gröpelinger- und  
1599 Oslebshauser Heerstraße sowie der Lesumer Heerstraße, der Kirchhuchtinger  
1600 Landstraße und den Lindenhofstraße sanieren und verbreitern.

- 1601 • Wir haben ein Stadtticket eingeführt, welches es Bezieher\*innen der  
1602 Grundsicherung ermöglicht, für 25€ den ÖPNV zu nutzen. Die  
1603 Rahmenbedingungen für das Job-Ticket wurden verbessert und ein günstiges  
1604 Jugendticket – TIM eingeführt. Dies ist ein Erfolg, der vielen Menschen in  
1605 Bremen Mobilität ermöglicht. Dies wollen wir auch in Zukunft erhalten.
- 1606 • Weitere Projekte, die schon gestartet sind: Schreiben an Konzept für E-  
1607 Ladesäulen und schon viele Säulen aufgestellt
- 1608 • Mit der Beschaffung von neuen E-Bussen in Bremen und Bremerhaven sowie dem  
1609 Ausbau des BSAG-Betriebshofs in Bremen Nord gehen wir auch weiter  
1610 konsequent den Weg in Richtung klimaneutralem ÖPNV.

#### 1611 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 1612 • Mit dem verpflichtenden Jobticket schaffen wir einen Anreiz für  
1613 Unternehmen und Mitarbeiter\*innen, ohne Auto zum Arbeitsplatz zu pendeln.
- 1614 • Wir schaffen eine solide Finanzierung für den 7-Minuten-Takt im ÖPNV über  
1615 ein Mobilitätsgesetz und die Einnahmen aus öffentlichen Parkplätzen.
- 1616 • Einsatz von Quartiers-Shuttles, die auf Bestellung zwischen frei wählbaren  
1617 Haltestellen mit einer Wartezeit von 10-15 Minuten verkehren.
- 1618 • Wir wollen dem Ausbau des ÖPNV und Radrouten in äußeren Stadtteilen die  
1619 höchste Priorität geben.
- 1620 • Wir wollen deutlich mehr Fachkräfte für die Planung von Verkehrsprojekten  
1621 ausbilden und einstellen, um die Umsetzung von Projekten wie die  
1622 Fahrradbrücken oder der Radpremiumrouten in Zukunft deutlich zu  
1623 beschleunigen.
- 1624 • „Micro-Mobilitäts-Hubs“ sorgen dafür, dass E-Autos etwa alle 300 Meter neu  
1625 geladen und Carsharing-Autos, (Lasten-)Fahrräder sowie Roller geliehen

1626 werden können.

1627 • Wir stellen auf Elektrobusse um und bauen dafür die Betriebshöfe aus.

1628 • Wir schaffen illegales Parken ab und wandeln straßenbegleitende Parkplätze  
1629 in Radwege, Spielflächen und Fußgängerboulevards um.

### 1630 **Gerechte Mobilität für alle**

1631 Zu einer gerechten Mobilität für alle gehört vor allem der Ausbau von  
1632 Alternativen zum Auto. Wir wollen ganz Bremen Stadt über Radwege verbinden,  
1633 einen 7-Minuten-Takt für den ÖPNV und bessere Bedingungen für Fußgänger\*innen.  
1634 Das schaffen wir auch durch eine **gerechte Verteilung des Straßenraums**.

1635  
1636 Gleichzeitig steigen die Zulassungszahlen für Autos weiter an. Dies betrifft  
1637 gerade die Zulassung von besonders großen Autos. Die Parkplätze am Straßenrand  
1638 reichen nicht mehr aus, die riesigen Autos ragen auf die Rad- und Fußwege,  
1639 schränken Komfort und Sicherheit für andere Verkehrsteilnehmer\*innen ein. In den  
1640 letzten Jahren gab es mehrere Fälle, in denen Rettungsdienste wegen parkenden  
1641 Autos aufgehalten wurden. Der Verkehr staut sich und Menschen, die wirklich auf  
1642 ein Auto angewiesen sind, verbringen viel Zeit im Stop-and-Go und bei der  
1643 Parkplatzsuche.

1644 Menschen in den innenstadtnahen Stadtteilen leben nah am Versorgungszentrum mit  
1645 gut ausgebautem ÖPNV. Viele Leute, die hier wohnen, können ihren Alltag ohne  
1646 Auto bewältigen oder den ÖPNV nutzen, um zu ihrem Auto auf einem Park-and-Ride-  
1647 Parkplatz zu kommen. Viele private Parkplätze werden nicht genutzt, weil das  
1648 Parken auf der Straße bisher leichter und günstiger ist.

1649 Straßen sind in erster Linie zum Fahren da, nicht zum Parken. Wir wollen daher  
1650 mehr Platz für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen schaffen, eine sichere  
1651 Umgebung für Kinder zum Spielen und Grünflächen. Dafür werden wir  
1652 straßenbegleitende Parkplätze in den innenstadtnahen Stadtteilen (Findorff,  
1653 Schwachhausen, Östliche Vorstadt, Mitte, Neustadt und Teile von Walle) Schritt  
1654 für Schritt umnutzen. In Bremerhaven ist die Platz-Frage noch nicht so drängend  
1655 wie in Bremen, die Stadt hat aber gute Voraussetzungen für den Ausbau des  
1656 Radverkehrs, den wir an allen Ecken unterstützen wollen.

### 1657 **Gut zu wissen: Warum eine Verkehrswende mehr ist als die Umstellung auf** 1658 **Elektromobilität**

1659 Je mehr Elektroautos wir haben, desto mehr Strom aus erneuerbaren Energien  
1660 brauchen wir. Die Flächen für Wind und Solar sind jedoch begrenzt. Gerade in den

1661 Innenbereichen der Städte, wo der Ausbau von ÖPNV und Radverkehr deutlich  
1662 leichter ist als auf dem Land, muss der Autobesitz daher stark sinken. Dies ist  
1663 auch die Feststellung aller Wissenschaftler\*innen der Enquete-Kommission  
1664 Klimaschutz. Außerdem nehmen parkende Autos (Straßen-)Raum weg für  
1665 Radfahrer\*innen, Fußgänger\*innen und ÖPNV, für Außengastronomie, spielende  
1666 Kinder, Menschen mit Gehbeeinträchtigung und Bäume.

#### 1667 **Entscheidungsbefugnis bei der Stadtbürgerschaft**

1668 Wenn Verkehrskonzepte überwiegend stadtteilübergreifende Bedeutung haben, wenn  
1669 mehrere Beiratsbereiche betroffen sind oder wenn ein Gesamtkonzept des Senats  
1670 vorliegt, soll die **Entscheidungsbefugnis bei der Stadtbürgerschaft** nach  
1671 Beteiligung der Beiräte liegen. In Bremerhaven wird dies schon so gehandhabt. So  
1672 wird sichergestellt, dass auch wichtige Verkehrsachsen aufgewertet oder  
1673 übergeordnete Klimaziele vom Senat erreicht werden können. Dabei beziehen wir  
1674 nach dem Vorbild der Befragung in der Humboldtstraße neben den Anwohner\*innen  
1675 auch die Nutzer\*innen der Rad- und Fußwege mit ein.

#### 1676 **Vision 0: Keine Verkehrstoten mehr und sicherer Fußverkehr**

1677 Der Straßenverkehr ist immer noch eines der gefährlichsten Pflaster in  
1678 Deutschland. Gerade Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen werden bei  
1679 Zusammenstößen mit Autos oft schwer verletzt. Radfahren und Zufußgehen in der  
1680 Stadt ist leider nie angstfrei. Das wollen wir ändern.

1681  
1682 Wir wollen juristisch prüfen, inwiefern wir weitere **Tempo-30-Zonen** einrichten  
1683 können. Wir setzen uns außerdem auf Bundesebene für eine flächendeckende Tempo-  
1684 30-Regel in Städten ein. Wir wollen mehr verkehrsberuhigte Bereiche und  
1685 Spielstraßen umsetzen. Ein Modellprojekt Familienstraßen soll „Spielstraßen  
1686 light“ mit viel weniger Umbaukosten im Bestand ausprobieren, um sichere,  
1687 familien- und spielfreundliche Räume auszuweiten.

1688 Darüber hinaus müssen wir **Verkehrskreuzungen sicherer machen**. Dazu richten wir  
1689 an allen großen Kreuzungen Warteflächen für Radfahrer\*innen vor den Autos ein  
1690 und erlauben ein sicheres Linksabbiegen durch Fahrradmarkierungen auf der  
1691 Straße, ohne über zwei Fahrradampeln fahren zu müssen. Fußgänger\*innen dürfen an  
1692 großen Kreuzungen nicht mehr als eine Ampelphase brauchen, um die Straße zu  
1693 queren.

1694 Viele Schutzstreifen für Radfahrer\*innen sind zu eng oder verlaufen im  
1695 Türbereich parkender Autos. Bestehende problematische **Radschutzstreifen** machen  
1696 wir durch breite Trennstreifen auf beiden Seiten, rote Einfärbung und  
1697 Überholverbotsschilder sicherer oder weiten sie zu richtigen Radwegen aus.  
1698 Überall dort, wo ein richtiger Radweg mit den absoluten Mindestbreiten für

1699 Autoverkehr vereinbar ist, setzen wir diese um. Fahrradstraßen wollen wir weiter  
1700 verkehrsberuhigen. Solche Musterlösungen für Radwege wollen wir in Bremen und  
1701 Bremerhaven als Neubaustandards etablieren.

## 1702 **Klimafreundlich zur Arbeit**

1703 **Der Weg zur Arbeit** ist der Weg, der am häufigsten mit dem Auto zurückgelegt  
1704 wird. Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen die jeweils besten Lösungen für  
1705 Arbeitnehmer\*innen finden. Wir schaffen Expressbuslinien in die Gewerbegebiete  
1706 "Hansalinie", "GVZ", "Industriegebiet West" und "Bremer Kreuz" und  
1707 Querverbindungen zwischen den Stadtteilen.

1708  
1709 Sollte das 49/69€ Ticket nicht kommen, setzen wir auf ein **verpflichtendes**  
1710 **Jobticket**. Neue Gewerbegebiete in der Stadt Bremen soll es nicht mehr ohne  
1711 Straßenbahn- oder Bahnanbindung geben. In allen neuen Gewerbegebieten werden  
1712 gute, asphaltierte Radwege Standard. Auch Berufsschulen und Hochschulen müssen  
1713 gut an den öffentlichen Verkehr angebunden werden, beispielsweise der  
1714 Berufsschulcampus in Bremen Nord. Für Angestellte im öffentlichen Dienst wollen  
1715 wir einen Mobilitätspass einführen: Wer mit dem Auto anreist und einen Parkplatz  
1716 am Dienort mieten will, bekommt ein ÖPNV-Ticket dazu. Wer ein Jobticket kauft,  
1717 darf auch den Parkplatz nutzen. Ein Preis für alles.

## 1718 **Takt erhöhen und ÖPNV-Angebot ausbauen**

1719 Bis 2027 sollen auf allen größeren Verkehrsstrecken alle 7 Minuten eine Bahn  
1720 oder ein Bus in die gewünschte Richtung fahren. **Metrobuslinien** sollen dort  
1721 genutzt werden, wo der Straßenbahnausbau noch auf sich warten lässt oder auf  
1722 anderen wesentlichen Routen. Sie sollen einen vergleichbaren Komfort und  
1723 Schnelligkeit bieten wie Straßenbahnen. Wir wollen auch eine Taktverbesserung an  
1724 Sonntagen und die Nachtbuslinien erweitern und ihren Takt verdichten. Insgesamt  
1725 planen wir, die Verkehrsleistung der BSAG bis 2027 jährlich um 5 Prozent zu  
1726 erhöhen.

1727 Ziel ist, allen Bremer\*innen in einem Wohngebiet eine fußläufige Anbindung an  
1728 einen regelmäßig verkehrenden ÖPNV zu bieten. Die **Quartiersbuslinien** verkehren  
1729 in einem 20- oder 30-Minuten-Takt. Darüber hinaus wollen wir Shuttle einsetzen,  
1730 die ähnlich dem Prinzip der Moia-Busse in Hamburg funktionieren: Die **Quartiers-**  
1731 **Shuttle** verkehren dabei mit (mindestens teilweise barrierefreien) Kleinbussen  
1732 auf Bestellung zwischen virtuellen sowie normalen Haltestellen mit einer  
1733 Wartezeit von 10-15 Minuten.

1734 Besonders in den äußeren Stadtteilen soll der **Ausbau des ÖPNV und der Radrouten**  
1735 höchste Priorität in der nächsten Legislaturperiode bekommen.

## 1736 **Micro-Mobilitäts-Hubs an jeder Straßenecke**

1737 Wir wollen alle Bremer\*innen und Bremerhavener\*innen schon heute dazu  
1738 motivieren, dass jedes neue Auto ein Elektroauto ist. Dazu werden wir das  
1739 Ladenetz in Bremen so ausbauen, dass mindestens eine öffentliche Ladesäule pro  
1740 10 Elektroautos vorgehalten wird. Parkplätze am Straßenrand wandeln wir in  
1741 sogenannte "Micro-Mobilitäts-Hubs" um, sodass E-Autos etwa alle 300 Meter neu  
1742 geladen werden können und Carsharing-Autos, (Lasten-)Fahrräder und Roller  
1743 geliehen werden können. Darüber hinaus statten wir alle BREPARK-Parkhäuser und  
1744 alle öffentlichen Parkplätze mit ausreichend Ladesäulen aus, überdachen  
1745 möglichst viele mit Solarpanelen und unterstützen GEWOBA, BREBAU und die  
1746 städtische Wohnungsgesellschaft Bremerhaven (STÄWOG) dabei, dasselbe zu tun. Ab  
1747 sofort sollen alle Fahrzeuge der öffentlichen Hand mit CO2-neutralem Antrieb,  
1748 soweit verfügbar, beschafft werden.

#### 1749 **Pendler\*innen das Leben erleichtern**

1750 Die **Verbesserung des Regio-S-Bahn-Netzes** und seine Verknüpfung mit den lokalen  
1751 Verkehren ist ein zentraler Baustein, um Pendler\*innen den Umstieg vom Auto zu  
1752 erleichtern. Wir werden die Taktzeiten auf mindestens einen 30-Minuten-Takt in  
1753 alle Richtungen erhöhen und weitere Haltepunkte schaffen. Auf den Strecken der  
1754 RS1 und RS2 soll in den Hauptverkehrszeiten ein 20-Minuten-Takt eingeführt  
1755 werden. Zwischen Bremen-Hauptbahnhof und Bremen-Vegesack setzen wir uns für  
1756 einen regelmäßigen 15-Minuten-Takt ein. Zwischen Bremen und Bremerhaven wollen  
1757 wir eine weitere Taktverdichtung auch nachts. Dazu werden der Hauptbahnhof und  
1758 die Bahnsteige auf der Strecke ausgebaut und barrierefrei umgebaut. Wir wollen  
1759 den **Regionalbusverkehr** so ausbauen, dass alle Nachbargemeinden und -orte von  
1760 Bremen und Bremerhaven stündlich gut mit dem ÖPNV erreichbar sind. Wir bestellen  
1761 schon jetzt so viele Bahnen, die dieses Ausbauszenario abdecken und genügend  
1762 Platz für die Mitnahme von Fahrrädern, Kinderwägen und Rollstühlen bieten.

1763 Wir wollen über **Radschnellwege** den Bremer Norden, Hemelingen, Woltmershausen und  
1764 Delmenhorst noch in der nächsten Legislaturperiode anschließen und Schnellwege  
1765 nach Delmenhorst, Weyhe, Lilienthal und Achim planen. Der **Bremer Hauptbahnhof**  
1766 soll zum **Zentrum** des Bremer Radverkehrs werden. In alle Himmelsrichtungen sollen  
1767 sichere, gut ausgebaute und ausgeschilderte Radwege führen.

#### 1768 **Radverkehrsoffensive**

1769 Bremen hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis 2038 ein Viertel aller zurückgelegten  
1770 Kilometer in Bremen mit dem Fahrrad gefahren werden können. Wir wollen das, was  
1771 Kopenhagen in Jahrzehnten geschafft hat, in 15 Jahren erreichen. Dazu starten  
1772 wir eine große Radverkehrsoffensive mit den drängendsten zentralen Maßnahmen:  
1773 Schaffung klarer Radverkehrs-Führungen an Kreuzungen, Priorisierung des Fuß- und  
1774 Radverkehr an Baustellen, Ausbau **komfortabler und sicherer** Radwege, grüne Welle

1775 für Fahrradfahrer\*innen, stärkere Ausrichtung des Winterdienstes und der  
1776 Straßenreinigung auf die Belange von Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen,  
1777 Erhöhung der Anzahl an sicheren und wohnortnahen Fahrrad-Abstellmöglichkeiten.

1778 Die Offensive soll von einer eigenen Radverkehrs-Task-Force bestehend aus  
1779 Planer\*innen und Umsetzer\*innen beim Amt für Straßenverkehr umgesetzt werden,  
1780 die projektbezogen flexibel an den Verbesserungen arbeiten kann. Unterstützend  
1781 wollen wir das Online-Tool des Amts für Straßenverkehr, bei dem Bürger\*innen  
1782 Mängel an Radwegen melden können, weiter ausbauen und bekannt machen.

### 1783 **Park & Ride und Bike & Ride-Parkplätze ausbauen**

1784 Wer in innenstadtnahen Stadtteilen wohnt, aber ein Auto braucht, um zu (bisher  
1785 noch) weniger gut angebundenen Orten zu kommen, soll zukünftig das Auto auf  
1786 einem Park-and-Ride-Parkplatz abholen. Wir schaffen Park-and-Ride-Parkplätze **mit**  
1787 **extrem guter ÖPNV-Anbindung, Car-/Bikesharing, Lademöglichkeiten für E-**  
1788 **Mobilität, günstigen Tarifen** und einem ansprechenden Online-Auftritt mit  
1789 Informationen über Anfahrtswege, Preise und Auslastung. Bike and Ride sollte es  
1790 an jedem Bahnhof und jeder größeren Haltestelle geben, inklusive Bikesharing und  
1791 ein Rollerverleihsystem. Wir errichten abschließbare Fahrradabstellmöglichkeiten  
1792 höchstens 50 Meter entfernt von den Stationen.

### 1793 **Ein Carsharing-Auto statt 10 private PKW**

1794 Ein Carsharing-Auto kann ca. 12 Autos in der Stadt ersetzen. Wir subventionieren  
1795 Elektro-Carsharing-Stationen so, dass fast alle Bremer\*innen **innerhalb von 500**  
1796 **Metern** Entfernung Zugang zu einem Carsharing-Auto haben, auch mit Kindersitzen  
1797 und Elektroantrieb.

1798 **Bikesharing** soll in der ersten halben Stunde für mindestens ein Jahr kostenlos  
1799 werden, um Neukund\*innen anzuwerben. Wir versuchen daher, in Absprache mit den  
1800 Anbieter\*innen das Angebot sehr engmaschig bis in die Quartiere auszuweiten und  
1801 stellen dafür Fördermittel zur Verfügung.

1802 Das eigene Autos abzuschaffen bedeutet für viele Menschen eine radikale Änderung  
1803 von Gewohnheiten. Für andere Menschen ist es nur ein kleiner Schritt, das häufig  
1804 stehende Auto abzuschaffen und gelegentlich Carsharing zu nutzen. Wir wollen **den**  
1805 **Umstieg vom Auto, den "Sprung ins kalte Wasser", erleichtern** und prüfen daher  
1806 die Möglichkeit, ein landesweites Gutscheinsystem zu schaffen.

### 1807 **Vorfahrt für die Verkehrswende**

1808 Bisher können Querungshilfen nur gebaut werden, wenn es einen Bedarf gibt, d.h.  
1809 an Stellen, wo viele Menschen regelmäßig über die Straße laufen. Auch in anderen  
1810 Bereichen orientieren wir uns immer noch an dem Bedarf, statt an unseren  
1811 Verkehrszielen. Mit dem neuen Verkehrsnachfragemodell können wir dies nun  
1812 ändern. Wir setzen eine **Angebotsorientierung bei der Planungspraxis** durch, nach  
1813 dem Motto: Wo ein Angebot für ÖPNV, Rad- und Fußverkehr ist, werden die  
1814 Nutzer\*innen folgen. Wir geben dazu ein Gutachten in Auftrag, das aufzeigen  
1815 soll, wo wir die Planungspraxis rechtssicher weiter zugunsten unserer  
1816 Verkehrsziele ausrichten können.

1817 Alle neu geplanten Gebiete, ob Gewerbegebiet oder Wohngebiet, genehmigen wir nur  
1818 mit einer mutigen Verkehrsinfrastruktur für Radverkehr, ÖPNV und Bahn, die  
1819 Verbrenner-Autos nur noch in Ausnahmefällen benötigt. Parkflächen sollen in  
1820 allen innenstadtnahen Bereichen beim Neubau nur noch als Tiefgaragen oder  
1821 Parkdecks entstehen können. Bei neuen Baumaßnahmen an Kreuzungen muss der Ausbau  
1822 des Rad- und Fußverkehrs oberste Priorität haben. Wir setzen bei Radwegen **neue**  
1823 **Standards**: Radwege planen wir wo immer möglich mit 2,50 Meter Mindestbreite und  
1824 Radschnellwege mit 3 Metern Breite. Radschnellwege werden wir dabei nicht  
1825 zugunsten von Parkplätzen schmälern.

1826 Weitere große Ausfallstraßen aus der Stadt raus und weitere  
1827 Autobahnausbauvorhaben unterstützen wir nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass  
1828 der Bund seine begrenzten finanziellen Ressourcen und Fachkräfte für die Planung  
1829 im Schienenverkehr wie den Ausbau des Eisenbahnknotens Bremen nutzt, um Straßen  
1830 langfristig von Verkehr zu entlasten.

### 1831 **Verkehr finanziert Verkehr - Ein Mobilitätsgesetz für Bremen**

1832 Bei der Ausgestaltung des 49/69€-Tickets setzen wir uns auf Bundesebene dafür  
1833 ein, dass es Vergünstigungen für bestimmte Gruppen, wie z.B. Bezieher\*innen von  
1834 Grundsicherung, Rentner\*innen, Schüler\*innen und Student\*innen gibt, sowie dass  
1835 das neue Bürgergeld einen Kostensatz vorsieht, der den Bezug des regionalen 49€-  
1836 Tickets ermöglicht.

1837 Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt: Einfach in Bus und Bahn einsteigen zu können,  
1838 ohne sich Gedanken über Tarife und Ticketkauf machen zu müssen, erleichtert die  
1839 Mobilität ohne Auto ungemein. Wir setzen uns daher im Verkehrsverbund  
1840 Bremen/Niedersachsen für eine **einfache, bezahlbare Tarifstruktur** für den  
1841 Nahverkehr in der Region ein. Wir wollen in der **BSAG-App** auch die Kombination  
1842 aus Fahrrad und ÖPNV oder Roller und ÖPNV integrieren und die Nutzung von  
1843 Sharing-Angeboten darüber abrechnen.

1844 Der ÖPNV-Ausbau scheitert im Moment am Geld. Stellen wir uns eine Stadt vor, in  
1845 der jeder Haushalt für seinen Parkplatz auf der Straße so viel Geld ausgibt wie  
1846 für sein Internet - damit könnten wir einen der besten ÖPNV im Land finanzieren.  
1847 Dies wollen wir in einem Mobilitätsgesetz regeln. Dazu lassen wir zunächst  
1848 rechtlich prüfen, wie wir eine **flächendeckende Parkraumbewirtschaftung** über  
1849 Ticketautomaten und Apps für öffentliche Parkplätze einführen können und welche  
1850 Möglichkeiten wir haben, um sie nach Größe des Autos, Antriebsart und Anschluss  
1851 an den ÖPNV zu staffeln. Darauf aufbauend entwickeln wir ein Konzept, das Parken  
1852 im öffentlichen Raum in der Stadt Bremen im Regelfall zunächst ca. 30 Euro im  
1853 Monat kosten lassen wird. Mit diesen Einnahmen können wir den ÖPNV-Ausbau  
1854 bezahlen. Quartiere können über ihre Beiräte selbst entscheiden, ob sie  
1855 Bewohner\*innenparken einführen, also ein Kontingent an Parkplätzen für  
1856 Bewohner\*innen freihalten und dafür Parkscheine ausgeben. Diese dürfen  
1857 allerdings nicht günstiger sein als das allgemeine Tarifsystem.

#### 1858 **Gut zu wissen: Warum Parkraumbewirtschaftung gut ist**

1859 Der Straßenraum ist nicht kostenlos. Der Bau, die Instandhaltung und der Platz  
1860 kosten Geld. Parkhäuser in innenstadtnahen Quartieren würden 100 bis 200 Euro  
1861 pro Monat an Standgebühren kosten, wenn privat geparkt werden würde. Vom  
1862 kostenlosen Parken profitiert nur ca. 50 Prozent der Bevölkerung – diejenigen,  
1863 denen ein Auto zur Verfügung steht. Das steht besonders in den innenstadtnahen  
1864 Gebieten im Gegensatz zu der Anzahl der Menschen, die unter dem kostenlosen  
1865 Parken leiden. Von Menschen an der Armutsgrenze besitzt der überwiegende Teil  
1866 kein Auto. Gleichzeitig fehlen immer mehr Parkplätze, wenn wir das aufgesetzte  
1867 Parken im Sinne der Barrierefreiheit abschaffen. Wir können die  
1868 Parkraumknappheit nur dadurch lösen, dass wir finanzielle Anreize schaffen, das  
1869 Auto woanders abzustellen oder abzuschaffen. Eine weitere Subventionierung des  
1870 Autoverkehrs, indem die Stadt Quartiersgaragen schafft, halten wir nicht für  
1871 sozial-verträglich, da wir das Geld an anderer Stelle dringend brauchen. Daher  
1872 müssen sich die Gebühren für öffentliche Parkplätze zumindest schrittweise den  
1873 Gebühren privater Parkplätze annähern.

#### 1874 **Fachkräfte**

1875 Wir wollen im Verkehrsbereich in den nächsten acht Jahren mehr an Infrastruktur  
1876 und Taktveränderung umsetzen als in den letzten dreißig Jahren zusammen. Für all  
1877 diese Projekte braucht es neben Planung, Organisation und guter Kommunikation  
1878 vor allem **gutes und ausreichendes Personal**.

1879 Die Verkehrsplaner\*innen, Ingenieur\*innen und Expert\*innen in diesem Bereich  
1880 sind aktuell allerdings schwer zu finden. Wir wollen daher ein duales  
1881 Studienprogramm in Kooperation mit der Hochschule Bremen einrichten und einen  
1882 Studiengang in Verkehrsplanung mit Fokus auf Nahmobilität und Barrierefreiheit.

1883 Darüber hinaus wollen wir mit Abend- und Wochenendkursen ein  
1884 Weiterbildungsangebot für Quereinsteiger\*innen in der Planung aufbauen.

1885  
1886 Aber auch im täglichen Verkehr werden wir mehr Mitarbeiter\*innen brauchen: Als  
1887 Straßenbahnfahrer\*innen, als Monteur\*innen und Techniker\*innen. Wir beginnen  
1888 noch 2023 gemeinsam mit der BSAG, Bremerhaven Bus, dem ASV und Magistrat eine  
1889 große **Ausbildungsoffensive**. Das Thema Personalausbildung und -gewinnung werden  
1890 wir in Kooperation mit der Hochschule und dem Handwerk deutlich intensiver  
1891 angehen.

## 1892 **Gesetze umsetzen, Menschenrechte durchsetzen**

1893 Menschen mit Kinderwagen oder Rollstuhl müssen den Gehweg nutzen können. Wir  
1894 setzen daher das Urteil des Verwaltungsgerichts um und schaffen aufgesetztes  
1895 Parken konsequent ab; durch Abschleppen und wo notwendig durch Poller zwischen  
1896 Fußweg und Straße. Um die dadurch knapper werdenden Parkplätze in den Vierteln  
1897 nicht nur nach dem Prinzip "Wer zuerst kommt, parkt" zu verteilen, führen wir  
1898 eine Parkraumbewirtschaftung ein. Wir setzen eine Parkstaffel beim Ordnungsdienst  
1899 ein, um illegales Parken konsequent zu ahnden und ermöglichen die Anzeige von  
1900 Falschparken und andere Verkehrsmängel über ein Online-Formular. Wir werden bei  
1901 der Gestaltung von Wegen hinsichtlich der abgesenkten Bordsteine und der Wahl  
1902 der Belege darauf achten, dass diese auch für Fortbewegungsmittel mit kleineren  
1903 Rollen wie Scooter, E-Scooter, Inline-Skates sowie Skate- und Longboards aber  
1904 auch mit Rollatoren und Rollstühlen gut zu benutzen sind.

## 1905 **Solidarisches Jobticket in allen Betrieben**

1906 Wir führen in der nächsten Legislaturperiode ein **solidarisches Jobticket** in  
1907 allen Betrieben ein mit einem verpflichtenden Arbeitgeber\*innenanteil. Im  
1908 öffentlichen Dienst wird die Nutzung aller Parkplätze kostenpflichtig und an die  
1909 Nutzung eines Jobtickets gekoppelt – wer im öffentlichen Dienst arbeitet und  
1910 einen Parkplatz mietet, bekommt ein ÖPNV-Ticket dazu. Die Preise für  
1911 Jugendticket, Semesterticket und Sozialticket wollen wir inflationsbereinigt  
1912 konstant halten.

## 1913 **Elektrische Busse und mehr Bahnen**

1914 Wir brauchen mehr Busse, Bahnen und Züge mit klimaneutralen Elektroantrieben.  
1915 Mit uns werden ab sofort keine Busse mehr mit fossilem Antrieb neu gekauft. Mit  
1916 dem Ausbau eines für die neuen Busse notwendigen **Betriebshofs in Bremen Nord**  
1917 haben wir begonnen. Die Fertigstellung soll 2025 erfolgen. So unterstützen wir  
1918 die BSAG dabei, bis Mitte 2030 klimaneutral zu werden. Bremen braucht ein

1919 wachsendes Schienennetz. Auch in Bremerhaven werden wir im Sinne der  
1920 Verkehrswende die Einführung einer Straßenbahn erneut prüfen.

#### 1921 **Kurzstrecken mit der Bahn fahren**

1922 Der Bremer Flughafen wird massiv durch Steuergelder der Landesregierung  
1923 unterstützt. Der Flughafen ist wichtig, um das Unternehmen Airbus am Standort zu  
1924 halten. Wir wollen deswegen noch in 2023 prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt,  
1925 den Flughafen in einen Werksflughafen umzuwandeln und inwiefern das Bremen mehr  
1926 kosten würde als die bisherige Subventionierungspraxis des Verkehrsflughafens.  
1927 Wir wollen, dass Bremen langfristig ein bedeutender Standort der Luft- und  
1928 Raumfahrtbranche bleibt, um am Ziel eines klimafreundlicheren Luftverkehrs aktiv  
1929 mitzuwirken. Bremen sollte ein Modellstandort werden, um Möglichkeiten der CO2-  
1930 Reduktionen im Flugverkehr zu entwickeln. Dazu haben wir hier eine einzigartige  
1931 Infrastruktur aus Luft- und Raumfahrtindustrie, Ingenieurwissenschaften und eine  
1932 positive Grundhaltung zum nachhaltigen und energiesparenden Umbau in der  
1933 Gesellschaft. Wir setzen uns auch weiterhin im Bund dafür ein, den Bahnverkehr  
1934 sowie Nachtzüge ins europäische Ausland zu stärken, um klimafreundliche  
1935 Alternativen des Reisens zu fördern.

#### 1936 **Ein handlungsfähiger Staat für die Bürger\*innen**

##### 1937 **Mit mehr (digitalem) Service den Austausch zwischen Staat und Bürgern** 1938 **vereinfachen**

1939 Wir werden Verwaltungsprozesse und -verfahren optimieren und diese digitaler  
1940 gestalten. Ziel ist es, die Bürger\*innenfreundlichkeit und Arbeitsbedingungen  
1941 der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes stetig zu verbessern.

#### 1942 **Wir stärken den Öffentlichen Dienst**

1943 Durch neue Formen der Arbeit, mehr Flexibilisierung und eine zeitgemäße  
1944 Ausstattung stärken wir den öffentlichen Dienst. So können wir auch in Zukunft  
1945 qualifiziertes Personal gewinnen, das mit seiner Arbeit den Grundstein für einen  
1946 handlungsfähigen Staat bildet.

#### 1947 **Finanziell auf festen Grund die Klimakrise bekämpfen**

1948 Die finanziellen Möglichkeiten in Bremen sind begrenzt. Damit wir die Klimakrise  
1949 trotzdem wirkungsvoll bekämpfen können, ermöglichen wir es, in einem eng  
1950 gefassten Rahmen Schulden aufzunehmen, um Maßnahmen zu finanzieren, die es Land

1951 und Stadt Bremen ermöglichen, das Pariser Klimaschutzziel einzuhalten. Steuern  
1952 und Abgaben gestalten wir gerecht. Steuerschlupflöcher wollen wir schließen.

1953 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

1954 • Wir haben in den vergangenen Jahren durch bessere telefonische  
1955 Erreichbarkeit über das **Bürgertelefon** 115, die Online-Terminbuchung über  
1956 das Internet, den Bürgerinformations-Service in der Stadtbibliothek  
1957 Gröpelingen und neue Online-Angebote (wie zuletzt das „Online-Finanzamt“) **die Dienstleistungsqualität der Verwaltung** verbessert, auch wenn uns die  
1958 Pandemie hier vor  
1959 große Herausforderungen gestellt hat.

1960 • Bremen hat mit den ‚**Einfachen Leistungen für Eltern**‘ (**ELFE**) vorgemacht,  
1961 wie Digitalisierung geht. Wer ein neugeborenes Kind anmelden will, kann  
1962 das nun per Smartphone machen und muss nicht zum Amt. Auch die  
1963 öffentlichen Leistungen fürs Kind müssen nicht immer wieder beantragt  
1964 werden, sondern werden passgenau berechnet und überwiesen, wenn dies  
1965 gewünscht wird. Diesen Service wollen wir auch für den digitalen  
1966 Unterhaltsvorschuss möglich machen.

1967 • Wir haben den Haushalt konsolidiert und so ermöglicht finanziell gegen die  
1968 wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie vorzugehen.

1969 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

1970 • Mit New Work und anderen Maßnahmen den Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber  
1971 attraktiver machen.

1972 • Das Angebot des öffentlichen Dienstes digitalisieren, um den Austausch mit  
1973 Behörden für Bürger\*innen einfacher und effizienter zu gestalten.

1974 • Mit Open-Source und Transparenz den Datenschutz stärken.

1975 Eine wesentliche Stärke unseres Staates sind die Rechtsstaatlichkeit und  
1976 Verfassung. Öffentliche Angebote und Einrichtungen, ob Schulen, Krankenhäuser,  
1977 Wohngeldämter, Baubehörden oder all die anderen sind da, um Bürger\*innen zu  
1978 begleiten und zu unterstützen. Ob Sie etwas vom Amt wollen oder das Amt von  
1979 Ihnen, uns Grünen ist wichtig, dass Sie sich verstanden und unterstützt fühlen.  
1980 Wir wollen dafür sorgen, dass Ihnen Angebote gemacht werden, die Ihnen neue  
1981 Möglichkeiten eröffnen und dabei mit- und vorausdenken. Die Lösungen für Ihre

1982 Anliegen, Probleme und Herausforderungen sollen Sie dann auf möglichst direktem  
1983 und einfachen Weg erreichen. Auf das Smartphone oder per Mail, im direkten  
1984 Gespräch oder per Telefon und auch in den Briefkasten – wie immer es am besten  
1985 passt.

1986 Die Beschäftigten des Landes Bremen, der Kommunen Bremen und Bremerhaven sollen  
1987 Problemlöser\*innen für Anliegen und Probleme sein. Egal ob es um einen neuen  
1988 Pass, um die Anmeldung eines Gewerbes oder um Wohngeld geht, der Kontakt 'mit  
1989 dem Amt' soll für alle gleichermaßen zugänglich, angstfrei, verständlich und  
1990 zuverlässig sein, in vielen Fällen sollte es überhaupt nicht mehr nötig sein  
1991 aufs Amt zu gehen.

1992 Damit der Staat handlungsfähig ist, müssen die öffentlichen Mittel umsichtig  
1993 erhoben, klug verwaltet und gerecht verteilt werden. Und staatliches Eigentum  
1994 muss gesichert statt verscherbelt werden. Wir wollen, dass diejenigen in die  
1995 Schranken verwiesen werden, die sich z.B. durch Steuerbetrug zu Lasten der  
1996 Gemeinschaft zu bereichern versuchen. Und das mit vollem Engagement.

1997 Die Vielfalt im Land Bremen zeichnet uns aus und macht uns stark. Unser Ziel  
1998 bleibt es weiter, diese Vielfalt in unseren Verwaltungen zu verankern. Wir sind  
1999 dabei schon sehr gut, aber besser geht es immer. Für uns ist klar: Beamt\*innen-  
2000 Karrieren starten in allen Ecken des Landes.

## 2001 **Den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber stärken**

2002 Wir Grünen arbeiten stetig an unserem Ziel, dass das Land Bremen, wie auch  
2003 unsere beiden Städte **attraktive Arbeitgeberinnen** bleiben, bei denen sich  
2004 Mitarbeitende wohl und willkommen fühlen. Wir wollen, dass das Arbeitsumfeld auf  
2005 die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet wird: durch gute Ausstattung,  
2006 Zeitautonomie, flexible Arbeitszeitmodelle (bspw. 4 Tage Woche, 6 Stunden Tag  
2007 etc.) und passende Raumkonzepte. Zudem wollen wir für Menschen, die in anderen  
2008 Städten leben, aber für Bremen arbeiten wollen, Möglichkeiten zur reduzierten  
2009 physischen Anwesenheit schaffen. Möglichkeiten zur Umwandlung von  
2010 Jahressonderzahlungen in Urlaubstage wollen wir prüfen. Wir wollen Tandems in  
2011 Führungspositionen ermöglichen, damit auch Menschen, die noch anderen  
2012 Verpflichtungen nachkommen, Führungsverantwortung übernehmen können. **New Work**  
2013 über alle Bereiche hinweg prägt nicht nur Start-Ups. Agiles und flexibles  
2014 Arbeiten in selbstorganisierten Teams sollen zukünftig auch bei der Arbeit im  
2015 öffentlichen Dienst häufiger zum Standard werden.

2016 In der nächsten Legislatur prüfen wir den Fachkräftebedarf im Jahr 2030 im  
2017 gesamten öffentlichen Dienst, den Betrieben in städtischer und kommunaler Hand

2018 und entwickeln eine langfristige Strategie die Auswirkungen des allgegenwärtigen  
2019 Fachkräftemangels Ressortübergreifend zu minimieren und gleichzeitig Prioritäten  
2020 zu setzen.

## 2021 **Service: digital und transparent**

2022 Wir Grünen haben das Ziel: Bürger\*innen sollen genau die Begleitung und  
2023 Unterstützung bekommen, die sie wollen und brauchen. Den digitalen Wandel  
2024 unserer Gesellschaft wollen wir weiter dazu nutzen, die Verwaltung noch  
2025 bürgerfreundlicher zu gestalten. Dazu werden wir **Verwaltungsprozesse und -**  
2026 **verfahren optimieren und diese digitaler** gestalten. In der Verwaltung wollen wir  
2027 die Digitalisierung noch weiter voranbringen. Wir werden den Weg dafür ebnen,  
2028 dass mehr Angebote des Landes und unserer Städte auch digital zur Verfügung  
2029 stehen. Wir wollen unseren Bürgerservice weiter modernisieren, immer genau  
2030 passend zu den Bürger\*innenanliegen, ohne Antragsmarathon, ohne Hemmschwelle,  
2031 mit elektronischen Bezahlungsmöglichkeiten für Verwaltungsdienstleistungen,  
2032 mehrsprachig sowie in leichter und geschlechtergerechte Sprache und dem Ziel von  
2033 zeitnahen Terminangeboten innerhalb der nächsten zwei Wochen.

2034 Wir wollen das Prinzip „users first“ in den Mittelpunkt stellen. Alle **Angebote**  
2035 **des öffentlichen Dienstes werden von den Bedürfnissen der Nutzer\*innen**, den  
2036 Bürger\*innen her gedacht. Informationen werden klar und verständlich abgefragt,  
2037 sicher gespeichert und, wo von Ihnen gewünscht, zwischen verantwortlichen  
2038 Stellen geteilt, damit Sie nicht die gleichen Angaben immer wieder heraussuchen  
2039 müssen. Bremen hat mit den ‚Einfachen Leistungen für Eltern‘ (ELFE) vorgemacht,  
2040 wie das geht. Wer ein neugeborenes Kind anmelden will, kann das nun per  
2041 Smartphone machen und muss nicht zum Amt. Auch die öffentlichen Leistungen fürs  
2042 Kind müssen nicht immer wieder beantragt werden, sondern werden passgenau  
2043 berechnet und überwiesen, wenn dies gewünscht wird. Diesen Service wollen wir  
2044 auch für den digitalen Unterhaltsvorschuss möglich machen.

2045 **Anreden und Ansprache durch Behörden** wollen wir den Bedürfnissen aller  
2046 Bürger\*innen entsprechend **anpassen**, sodass Menschen nicht ungefragt mit  
2047 unpassenden Anreden konfrontiert werden.

## 2048 **Mit Transparenzportal und Open-Source stärken wir Datenschutz und Transparenz**

2049 Mit der Erarbeitung einer **Open-Data-Strategie** wollen wir sicherstellen, dass  
2050 noch mehr nicht-personenbezogene Daten, die im Auftrag oder von öffentlichen  
2051 Stellen erhoben wurden, im Sinne des Gemeinwohls zugänglich sind. Wir sehen den  
2052 Einfluss großer, monopolhafter Konzerne kritisch und setzen uns wo immer möglich  
2053 für die Ausstattung öffentlicher Behörden und Einrichtungen mit **Open-Source-**

2054 **Software** ein. Über die Landesgrenzen hinweg unterstützen wir auf Bundesebene  
2055 die  
2056 Etablierung von gemeinsamen Standards und die Förderung von Open-Source-  
Projekten.

2057 Um die Verwaltung, die zivilgesellschaftlichen Akteure und freien Träger zu  
2058 entlasten, schaffen wir für Projektanträge ein allgemeines, auf Open Source  
2059 basierendes Portal über das Anträge und Projekte (Kultur, Soziales) schnell,  
2060 transparent und mit möglichst wenig Papier beantragt, bewilligt, durchgeführt  
2061 und abgeschlossen werden können. Dadurch schaffen wir für alle Seiten die  
2062 Möglichkeit, papierlos auf die wichtigen Unterlagen von Projekten zuzugreifen.

2063 Der Staat muss verständlich und kontinuierlich informieren und kommunizieren.  
2064 Das Bremer **Informationsfreiheitsgesetz** bietet bereits jetzt eine gute rechtliche  
2065 Grundlage, damit Bürger\*innen sich darüber informieren können, was in der  
2066 Bremischen Verwaltung passiert. Entsprechende Informationen finden sich im  
2067 **Transparenzportal**: Verträge, Beschlüsse, Berichte, hier findet sich alles rund  
2068 ums staatliche Handeln. In der anstehenden Reform des Gesetzes wollen wir unter  
2069 anderem die Ausnahme für das Landesamt für Verfassungsschutz streichen und auch  
2070 anonyme Anfragen ermöglichen. Überschreiten die Behörden die Antwortfrist oder  
2071 veröffentlichen Daten anders als vorgesehen nicht, sollen sie den oder die  
2072 Antragsteller\*in in Kenntnis setzen. Um den Zugang zu Informationen weiter zu  
2073 erleichtern, wollen wir darauf hinarbeiten, dass mindestens Antragsformulare  
2074 barrierefrei und auch in einfacher Sprache veröffentlicht werden.

## 2075 **Aufgaben nachhaltig finanzieren**

2076 Steuern sind ein Ausdruck von Solidarität für eine Gemeinschaft, die zusammen  
2077 dafür sorgt, dass alle mit guten Chancen ins Leben starten und auf ihrem Weg  
2078 abgesichert sind. Gute Schulen und Kitas, gut ausgestattete Sozialbehörden und  
2079 Bürgerserviceämter, schlaglochfreie Straßen und Radwege, saubere Parks, eine  
2080 zuverlässige Müllabfuhr, eine schnelle medizinische Betreuung: Das alles sind  
2081 wesentliche Teile unserer Lebensqualität, die wir uns nur leisten können, wenn  
2082 jede\*r nach den eigenen Möglichkeiten einen Beitrag dazu leistet.

2083 Mit knappen Mitteln haushalten zu müssen, ist die Lebensrealität vieler im Land  
2084 Bremen. Das gilt auch für die öffentliche Hand. Bremen hat erlebt, wie überhohe  
2085 Schuldenlast den Handlungsspielraum erdrückt. Die Schulden sind immer noch da  
2086 und mit steigenden Zinsen bekommen wir die Auswirkungen auf den öffentlichen  
2087 Haushalt auch wieder stärker zu spüren. Deshalb halten wir an der **Schuldenbremse**  
2088 fest, denn zu einer übergroßen Schuldenlast soll es nicht mehr kommen.

2089 Bremen hat auch erlebt, wie es sich mit Disziplin und Durchhaltevermögen aus der  
2090 finanziellen Notlage herausarbeiten kann. 2020 haben wir 10-jährige  
2091 Sanierungsphase mit Erfolg abgeschlossen. Dann kam Corona. Über die vorgesehene  
2092 Ausnahme in der Schuldenbremse war es auch im Land Bremen möglich, einen  
2093 Unterstützungsfonds zur Abhilfe von Coronafolgen aufzulegen, den Bremen-Fonds.  
2094 Es war wichtig, nach klaren Regeln Schulden aufnehmen zu können. Wir konnten mit  
2095 Hilfe dieser Ausnahmeregelung die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und  
2096 sozialen Auswirkungen der Pandemie abmildern und werden die aufgenommenen 1,2  
2097 Mrd. Euro in den nächsten 30 Jahren wieder abzahlen. Zur Finanzierung der durch  
2098 die Corona-Pandemie und den russischen Krieg entstandenen Kosten fordern wir,  
2099 eine deutschlandweite **Vermögensabgabe** zu erheben und außerdem eine Erhöhung der  
2100 Erbschaftsteuer anzugehen. Sie ist die gerechteste Möglichkeit der Finanzierung,  
2101 da Vermögende durch die Krisen mitunter noch zusätzliche Gewinne erwirtschaftet  
2102 haben.

2103 Während der nächsten Legislaturperiode wird bundesweit die **Grundsteuerreform** zu  
2104 Ende geführt. Wir Grüne stehen zu dem in Bremen - wie auch in den meisten  
2105 anderen Bundesländern - gewählten Modell, dass die gerechteste und faireste  
2106 Verteilung der Grundsteuer zum Ziel hat.

### 2107 **Gegen Steuerbetrug**

2108 **Steuern** sind die wesentliche Quelle, aus der **öffentliche Leistungen** geschaffen  
2109 werden. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dafür zu sorgen, dass Ihr und  
2110 unser Geld sorgsam verwaltet und sinnvoll eingesetzt wird. Wir wissen, wie  
2111 wichtig es ist, dass es dabei gerecht zugeht. Dass niemand überlastet wird, sich  
2112 aber auch niemand aus der gemeinsamen Verantwortung schleichen darf und schon  
2113 gar nicht die Gemeinschaft betrügen. Deshalb ist Steuerbetrug für uns kein  
2114 Kavaliärsdelikt, wir bekämpfen ihn mit vollem Einsatz.

### 2115 **Die Klimakrise mit der nötigen finanziellen Wucht bekämpfen**

2116 Bei der immer spürbarer werdenden Klimakrise gilt es, gravierende Folgen für  
2117 Bremen und Bremerhaven abzuwenden. Auch für sie heißt es: Wenn wir nicht  
2118 handeln, wird es noch viel schlimmer, wird es lebensbedrohlich. Das wollen wir  
2119 verhindern, mit all den Maßnahmen, die wir im Land Bremen ergreifen können.  
2120 **Drängende Ziele hat uns die Klima-Enquete-Kommission** als überparteiliches  
2121 Gremium der Bremischen Bürgerschaft zu Recht mit besonderer Dringlichkeit  
2122 aufgeben. Aus dem Landeshaushalt wäre das nicht finanzierbar, schon gar nicht im  
2123 erforderlichen Tempo. Wir stellen uns der Verantwortung, denn damit schützen wir  
2124 Sie und uns alle. Und wir sorgen dafür, dass auch die noch ganz jungen  
2125 Bremer\*innen und Bremerhavener\*innen in Sicherheit groß werden können. Deshalb  
2126 wollen wir auch hier den Weg beschreiten, eine geregelte Ausnahme aus der

2127 Schuldenbremse zu machen.